

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Belegzettel)
2 Mk. — Postzeitungshilfe Nr. 3167

Die Vorbearbeit für unsere Organisation. — Ist die Besteuerung von Gas volkswirtschaftlich zu rechtfertigen? — Haben städtische Arbeiter ein Interesse an der Kommunalpolitik? — Lohnerhöhung und Umänderung der Allgemeinen Bestimmungen für die städtischen Arbeiter in Köln. I. Die Forderungen der Bremer Staatsarbeiter vor den Deputationen. — Verschnittene Grubenarbeiter. — Aus den Betrieben der Berliner N. C. G. A. Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Mundschau. — Anzeigen.

Die Vorbearbeit für unsere Organisation.

II. Versammlungsleben und Kleinagitation.

Das Versammlungsleben ist in unserem Verbandsorganemein rege, wie auch die Berichte in jeder Nummer unseres Fachorgans beweisen. Das schließt natürlich ganz und gar nicht aus, daß sich nicht noch weitere Verbesserungen erzielen ließen.

Vorher wir aber hierauf näher eingehen, seien zuvörderst ein paar Worte über

Vorstandswahlen in den Filialen

gefragt, da hierfür die Zeit bald wieder herangekommen ist. Wussten wir in früheren Jahren zufrieden sein, überhaupt irgendwelche Verbandsfunktionäre zu bekommen ohne Rücksicht auf die Befähigung, so hat sich das Blatt (besonders mit der erheblichen Vergrößerung unseres Verbandes) nunmehr zu unseren Gunsten gewendet. Die Jurist vor Wahrechnung veranlaßte früher manche Filialen, zum mindesten den Filialvorsitzenden aus nichtstädtischen Arbeiterkategorien zu wählen. Das hatte manches für sich, aber auch manche Bedenken. Jetzt sind wir in fast allen Orten so weit, daß sich opferwillige und plichteifrige Kollegen finden, die ein Amt im Filialvorstand anzunehmen gewillt sind. Und immer seltener wagen es Stadtverwaltungen, gegen einzelne Filialvorstandsmitglieder vorzugehen. Darum können wir nunmehr schon ein wenig wählerischer sein und gewisse Anforderungen stellen, die eigentlich zur Ausübung der Vorstandsfunktionen unerlässlich sind. Es liegt uns natürlich fern, an den gegenwärtig amtierenden Funktionären irgendwelche Kritik ausüben zu wollen. Hier handelt es sich vielmehr um Richtlinien.

Was wir also vom Vorsitzenden verlangen müssen, ist Vorbereitung, gründliche und gewissenhafte Vorbereitung bei allen Aktionen unseres Verbandes. Ein Vorbereitender, der alles „aus dem Stegreif“ macht, der nur ausführt, was unerlässlich ist oder was ihm aufgetragen wurde, ist seiner Aufgabe nicht gewachsen. Der Vorsitzende soll fortgesetzt an die Ausbreitung seiner Filiale denken, er soll den Gauleiter wohl als Berater bei allen vorzunehmenden Aktionen anrufen, nicht aber von ihm ganz und gar abhängen. Je selbständiger der Vorstand seine Aufgaben zu bewältigen weiß, um so eher wird er die jenen-

notwendigen Schritte erkennen und die Taktik der Filiale danach einrichten. Geschäftsordnung und Versammlungsleitung, Festsetzung einer zweckentsprechenden Tagesordnung und Rücksichtnahme auf die Wünsche und Anregungen der Mitglieder müssen ihm geläufig sein. Wir könnten noch ein ganzes Bündel weiterer „Befähigungsnachweise“ aufzählen, doch wollen wir niemand abidreden! Wir sind vielmehr der Überzeugung, daß bei gutem Willen und unter Zuhilfenahme der regen Unterstützung seitens der Mitglieder sich überall tüchtige Kollegen finden werden. Nur soll man nicht glauben, mit Uebernahme des Amtes sei man ein „Herrgott“, der weder kritizierbar noch fehlerbar wäre. Wir alle, die wir in der Arbeiterbewegung stehen, müssen fortgesetzt lernen, sollen wir unseren Aufgaben genügen. Das trifft auch für die Filialvorsitzenden zu! Nicht mehr und nicht weniger!

Die Funktionen des Filialkassierers werden nicht selten unterschätzt. Und doch hängt oftmals von ihm die gesunde Weiterentwicklung der Filiale ab. Braucht der Betreffende auch kein Rechen- oder gar Dreiecksfüßler zu sein, so muß doch verlangt werden, daß er mit äußerster Gewissenhaftigkeit seines Amtes waltet, alle notwendigen Eintragungen (mit Datum) sofort macht und auf Ordnung hält. Seine Ausgabe ohne Quittung, strenge Trennung der Verbandes- und Privatgelder, pünktliches Abrechnen mit der Hauptkasse, das muß Ehrensache jedes Kassierers sein. Verlangen ihm aber Schwierigkeiten durch die Unterkassierer, so muß er energisch auf Revant der notorischen „Pummler“ drängen. Der Kassierer muß gewissermaßen durch sein Vorbild erzieherisch auf die anderen wirken, so daß sie ihre Pflichtvernachlässigung peinlich empfinden. Beitragsreue seien ihm ein Greuel. Vor allem soll sich der Filialkassierer die Verbandsstatuten nebst Ausführungsbestimmungen zu eigen machen, so daß er bezüglich der Unterstützungen usw. stets richtig Auskunft geben kann.

Der Schriftführer soll nicht nur Protokolle führen. Die Bedienung der Fach- und parteigenösslichen Lokalpresse ist gleichfalls seine Aufgabe. Größte Objektivität, d. h. wahre Berichte, die er auch verantworten kann, sowie Zurückhaltung seiner persönlichen Meinung, überhaupt seiner Person. Während sich im allgemeinen über das erstere wenig Hagen läßt, wird das letztere noch nicht genügend beachtet. Wir bedenken noch einiges über die Presse im allgemeinen zu sagen, so können wir hier auf weitere Hinweise verzichten. Ist ein Schriftführer durch Expedition, Adressenschreiben, Anfertigung von Handzetteln und dergl. überlastet, so muß ein zweiter gewählt werden oder die Pflichten müssen empfinden. In keinem Fall darf der Schriftführer seine Mitarbeit an der Presse vernachlässigen, denn davon hängt ein gut Stück Agitation ab.

Wünschenswert ist auch, daß der Schriftführer ganz besonders viel liest, um so besser wird er seinen Posten ausfüllen.

Die Revisoren müssen jederzeit bereit sein einzutreten, wo Not am Mann ist. Die Revisoren endlich haben die strikteste Pflicht, ihr Amt nach den gegebenen Anleitungen auszuführen. Sie sind für etwaige Unregelmäßigkeiten mitverantwortlich und dürfen unter keinen Umständen aus Freundschaftsgefühlen oder weil sie von der Ehrlichkeit des Kassierers überzeugt sind, von einer sorgfältigen Prüfung Abstand nehmen.

Dies ward schon oft gesprochen, doch spricht man nie zu oft!

Wenden wir uns nun noch ein wenig dem eigentlichen Versammlungsleben zu. Da sind zunächst die öffentlichen Versammlungen, die in unserem Verbandsleben eine erhöhte Bedeutung haben. Darum dürfen sie nicht gar zu häufig veranstaltet werden. Ein bis zweimalige Stellungnahme im Jahr zum Stadtbaubudget und sowie zwei bis drei weitere öffentliche Versammlungen aus ganz besonderen Anlässen, das genügt. Natürlich können außergewöhnliche Vorgänge mehr öffentliche Versammlungen erheischen. In jedem Fall muß stets ein dringendes Bedürfnis vorliegen. Bei diesen Veranstaltungen heißt es doppelt gründlich alles vorbereiten. Gründsvolle und kurze Tagesordnung, tüchtige Referenten, energische Geschäftsführung verstärken den beabsichtigten Einfluß auf die Versammlung enorm. Wenn dazu eine frühzeitige und zweckmäßige Propaganda kommt, so wird es selten fehlschlagen.

Die Mitgliederversammlungen sollen regelmäßig (möglichst alle vier bis fünf Wochen) abgehalten werden. Durch Vorberatung im Filialvorstand kann auch hier die Tagesordnung interessant gestaltet werden. Ebenso wird dadurch unter Umständen den Einwänden der Mitglieder besser begegnet. Zwecks Belehrung und Aufklärung sollen möglichst oft geeignete Vorträge gehalten werden. Und zwar nicht immer über das ähnliche Thema oder von gleichen Referenten. Es genügt nicht die Frage: „Warum organisieren wir uns?“ in Variationen zu behandeln, sondern die gesamte Kommunal- und Sozialpolitik, Naturwissenschaft, Geschichte und Kunst können mit herangezogen werden, falls geeignete Referenten zu haben sind. Mag ferner ein Referent noch so vielseitig sein, er schöpft sich aus. Deshalb soll man sich bei Bestellung des Referenten auch nicht von seiner eigenen persönlichen Empfindung leiten lassen, sondern nach Möglichkeit den Wünschen der Mitglieder Rechnung tragen. Am besten ist es, wenn für das ganze Jahr einige Themen vorgesehen werden, die ein gewisses System in das Ganze bringen, wobei natürlich die verschiedenen Wissenszweige berücksichtigt werden müssen.

Nun wird man uns vielleicht erwidern: „Gut gebrüllt, Löwe! Aber woher nehmen und nicht fehlen?“ Wir erkennen keineswegs die diesbezüglichen Schwierigkeiten, und besonders unsere kleineren Filialen sind in dieser Beziehung übel dran. Für sie wird das Vorlesen einiger Kapitel aus passenden Schriften (nicht länger wie 20-30 Minuten!) mit daran anschließender Diskussion immer noch das Beste sein.

Jedenfalls möchten wir die Bemerkung nicht unterdrücken, daß zahlreiche Filialen in unserem Verbandsleben die es sich leisten könnten und Gelegenheit dazu hätten, viel zu wenig die Arbeitersekretäre, sozialdemokratische Stadtverordnete und andere Referenten heranziehen! In dieser Beziehung stehen uns selbst kleinere Organisationen mitunter voran. Hierauf mögen die Filialvorstände ihr Augenmerk richten. Der Kontakt aller unserer Mitglieder mit der gesamten Arbeiterbewegung sowie das Interesse für die Versammlungen kann dadurch sicher noch gesteigert werden.

Die Diskussion soll zur Klärung und Ergänzung des Gehörten dienen. Gegenseitige Meinungen in allen Fragen sind zu respektieren und nicht gleich zu veripotten.

Anträge und Wünsche bringe man möglichst schriftlich ein. Der Majorität muß man sich fügen. Die Diskussion ist zwar eine Vorstufe zum Redenlernen. Deshalb darf man aber die Geduld der Zuhörer nicht mißbrauchen! Wieviel wird hier noch gelündigt! Das meiste hängt natürlich von der Leitung der Versammlung ab, darum wollen wir uns auf diese wenigen Hinweise beschränken. Meine Versammlung sollte länger wie 2 1/2 Stunden dauern.

Die Betriebsbesprechungen sind je nach Bedarf, aber doch möglichst regelmäßig abzuhalten. Am besten wird das gleich nach der Arbeit in unmittelbarer Nähe der Arbeitsstätte sein, soweit es irgend durchführbar ist. Neben der Erörterung von Anstands- bzw. Betriebsmishandlungen kann hier auch am besten die fehlende Solidarität irgendeines Kollegen gebrandmarkt werden. Der Arbeiter-Ausschuß erstattet in diesen Betriebsbesprechungen regelmäßig Bericht und nimmt etwaige Anträge mit. entgegen. Der Betriebsvertrauensmann oder Sektionsleiter muß sich beteiligen, seine Kolonne in guten Zug zu halten, so daß jeder gern und eifrig zu diesen Besprechungen geht, die nur 1 1/2 bis 2 Stunden dauern sollen.

Das wichtigste und doch am wenigsten nach Vorschriften zu regelnde Gebiet ist die Agitation von Mund zu Mund. Sie wird in der Hauptsache an der Arbeitsstelle zu verrichten sein, und wenn auch zahlreiche Stadtverwaltungen darin eine Gefahr für den Betrieb oder eine „Disziplinlosigkeit“ erblicken, so darf uns das wenig anfechten. Die Entlassung wird als Strafe nur so lange angedroht, wie sich eine größere Anzahl Kollegen einschüchtern lassen. Eine der wichtigsten Aufgaben harret hier noch unserer. Es ist bei dem gegenwärtigen Schikanesystem allerdings viel Mannes mit erforderlich, um die Agitation an der Arbeitsstelle durchzuführen. Aber zunächst können die Pausen besser benutzt werden. Zudem muß immer wieder Sturm gegen die unwürdigen Bestimmungen gelaufen werden. Wir sind durchaus der Meinung, daß jeder organisierte Kollege seine ihm aufgetragenen Arbeiten gewissenhaft verrichten muß. Auf der anderen Seite ist es ein ganz unangenehm wirkender Eingriff in das Koalitionsrecht, wenn es heißt „agitieren ist verboten“. Wo wir es also einigermaßen durchsetzen können, sollen wir uns unverhohlen zu unserer Drahtkammer bekennen und für sie werben. Damit finden sich dann die Verwaltungen gewöhnlich schneller ab, als man glaubt.

Sind die Erdwurzeln, auf diesem Wege vorwärtszukommen, aber gar zu groß, so muß die Hausagitation ein übriges tun. Wie dies im einzelnen zu geschehen hat, ist Sache der betreffenden Filiale. Wir haben verschiedentlich nach dieser Richtung hin Anregungen gegeben, so daß wir hier nicht näher darauf eingehen brauchen.

Ein schlimmer Feind unserer Organisation, namentlich auch im Versammlungsleben, ist der übermäßige Alkoholgenuß. Unsere vielgestaltigen, immer wiederkehrenden „Predigten“ werden hoffentlich nicht ganz nutzlos gewesen sein. Sie sollen fortgesetzt werden, und wenn wir in allen Filialen erst ein Häuflein Stölkchen haben, die durch Abstinenz oder Temperenz ein Vorbild geben, so werden wir auch diesen falschen Freund der Arbeiter entlarven und ihn seines Einflusses berauben.

Es sei in diesem Zusammenhange mit dem Thema hier noch der gewerkschaftlichen Organisationen kurz gedacht. Wir möchten sie nicht übermäßig bedenken, denn sie spielen in unserem Verbandsleben eine verhältnismäßig geringfügige Rolle. Es ist trotz alles Geschrieies weder den „Christlichen“ gelungen, eine namhafte Zahl städtischer Arbeiter zu unteren, noch sind die Strich-Tunderiden über ihre Berliner Straßenreinigergruppe nennenswert hinausgekommen. „Manc“ oder Anstaltsvereine sind schon etwas zahlreicher, doch können auch sie den gewaltigen Einfluß unseres Verbandes — der alles in allem von niemand mehr ernstlich gelehrt wird — nicht mindern.

Unsere Stellung zu den Gegnern hängt natürlich bis zu einem gewissen Grade von den jeweiligen Umständen ab. Immerhin muß unsere Agitation, unsere Betriebs- wie öffentliche Versammlung in bezug auf die Gegner so gestaltet werden, daß es uns möglich bleibt, die betreffenden Kollegen zu uns herüberzuholen. Wänter ist freilich Kopien und Malz verloren. Dann kann eine derbe Abfuhr der Störenfriede und Zerplitterer nicht schaden.

Die gesamte Praxis der gewerkschaftlichen Scheinagitation stellt hohe Anforderungen an jeden einzelnen Kollegen und ist in den vorstehenden Darlegungen bei weitem nicht erschöpft.

Es hängt gewöhnlich von dem Werbeführer, der richtigen und beimotenen Taktik der Betriebsvertrauensleute ab, ob in einer Gruppe der rechte Geist vorhanden ist. Geben in einem Betriebe eine Anzahl organisierter Kollegen ein musterergütliches Beispiel in bezug auf Pünktlichkeit, Gewissenhaftigkeit bei der Arbeit, Nüchternheit und Ordnungsliebe, aber auch in bezug auf kameradschaftlichkeit, Unerblichkeit dem Vorgesetzten gegenüber, rege Anteilnahme an der Organisationsarbeit und klassenbewußte Selbstüberhebung, so wirkt dieses Beispiel agitatorischer wie alle Ueberredungsarbeit. In einer solchen Gruppe wird uns nicht einmal die sonst so gefährliche Fluktuation in unserem Organisationsstand etwas anhaben können, weil fast jeder Rekrutengewinn für die vorstehenden Eigenschaften ganz besonders empfänglich ist und so etwaig entstandene Lücken in der Organisation wieder ausfüllt.

Ist die Besteuerung von Gas volkswirtschaftlich zu rechtfertigen?

Einer Heinen Probe: „Gegen die Gassteuer“ von der Verbandsabteilung M. Eisenburg in München entnehmen wir die nachfolgenden Ausführungen im Auszuge:

Zu Anfang die Gassteuer sind eben mancherlei Gründe für und wider ins Feld geführt worden. Aber Freunde haben gesagt: „Wer sich den Luxus erlauben kann, Gas zu brennen, der kann auch noch eine Steuer mit in den Kauf nehmen.“ Demgegenüber konnte die Grundtheorie ziffermäßig nachweisen, daß heutzutage der Heine Mann als Hauptzweckhüter zu betrachten und daß Gas ein Massenverbrauchsgegenstand auf breiter Grundlage geworden ist, der mit Luxus nicht mehr das geringste in tun hat. Wir möchten nun zunächst die Frage aufwerfen: Welche Rolle spielt die Besteuerung in unserer Volkswirtschaft? Ehe wir diese Frage beantworten, wollen wir uns ins Gedächtnis zurückrufen, was man unter Besteuerung versteht. Die Mühle wird unter Luftabfuhr in großen Schamottegefäßen, den sog. Meizen oder Mähmen, beheizt und gebläht. Dann tritt der Feuertag ein, den wir in der Chemie trodene Ventilation nennen. Die flüchtigen Bestandteile des Feuertages werden in Abgasleitungen zur weiteren Verarbeitung hergeführt, die festen Rückstände verbleiben in der Meize und werden periodisch entleert, um neuen Mühlenladungen Platz zu machen. Die flüchtigen Bestandteile sind:

1. Das Leuchtgas, das von allen Anzeugsstoffen, namentlich Zerkohle, Isolanit besteht, den sauersten und handhablichsten Brennstoff darstellt, den wir heute besitzen.
2. Der Teer, die bekannte schwarze Mischung von flüchtigen Kohlenwasserstoffen, die in unserer Feuertageanlage weiter verarbeitet wird, und die Rohmaterialien liefert für die gewaltige deutsche Holzindustrie, die den ganzen Erdkreis versorgt. Der Teer wird nach vielfach ten Gebrauch, z. B. in der Lackfabrikation.
3. Das Cyan, den Hauptbestandteil von Cyanal und dem bekannten Kyanid „Pecherz“.
4. Das Ammoniak, das in der Form von schwefelhaltigem Ammoniak der Landwirtschaft in einem ähnlichen Stickstoffdünger liefert, der dem Salpeter völlig gleichwertig ist.

Den festen Rückstand bildet der Stöck, das bekannte vorzügliche Brennmaterial, das ohne Mähmen und Mähmbildung brennt, eine viel intensiver Sauerstoffentziehung gestattet als die Kohle, und daher in den Hoch- und Cokesöfen unserer Eisindustrie un-

entbehrlich ist. Wir sehen also, die Vergasung der Kohle liefert uns eine Anzahl von Erzeugnissen, die jedes in seiner Art wertvoller und als das Rohmaterial und pro Gewichtseinheit einen erheblich höheren Preis erzielen. Rohes Steinkohle hat die angenehme Eigenschaft, mit erheblicher Rauchentwicklung und einer unangenehm fäulenden Bildung von schwefeliger Säure zu verbrennen. In Städten mit vorwiegend Kohlenfeuerung für Hausbezug und Gewerbetreib, wie wie sie namentlich in England (London und Lancashire) finden, ist die Luft in einer für uns beinahe unerschätzbaren Weise mit Rauch und Ruß erfüllt. Wie wenig merkt man dagegen von den Verbrennungsbedingungen in den modernen heimischen Kaminen von Berlin, wo sich stets in der Zentralführung und Gas für Koch- und Badezwecke in die Wärmeabfuhr ergießen. Es kann also die Vergasung der Kohle als ein großer hygienischer Vorteil angesehen werden. Dazu kommt noch die richtige Arbeitersparnis, die wir sowohl der Zentralführung mit Gas als auch der Gasfeuerung im Haushalte zu verdanken haben. Statt daß man so und soviel Kohle aus dem Keller heranzubringen und in bestimmten Zwischenräumen in so und soviel Zimmern und Herde einschaufeln muß, wie das früher allgemein der Fall war, genügt es jetzt, einige Säcke auf- und zuzubringen. Daß hieran die breiten Arbeiterrückstände einwirken noch so wenig beizubringen können, ist zwar sehr bedauerlich, aber gewiß kein Grund, gegen diese technischen Errungenschaften irgend- wie vorzugehen.

Unsere Feuertageindustrie hatte im Jahre 1907 allein eine Ausgabe im Werte von 185 352 778 Mk., und zwar für Anilinfarben 123 285 324 Mk., für Alizarinfarben 20 922 048 Mk. und für Indigo 41 145 406 Mk. Nicht ebenso wichtig ist die Erzeugung von schwefelhaltigem Ammoniak.

Es wurden von diesem hochwertigen Düngemittel in Deutschland hergestellt:

Jahr	Ammoniak	Geldwert	Chlorsalpetzer	Geldwert
	Tonnen	Mk.	Tonnen	Mk.
1900	128 000	—	484 000	—
1901	130 000	—	529 000	—
1902	135 000	—	467 000	—
1905	190 000	—	540 000	—
1906	235 000	—	593 000	—
1907	287 000	84 000 000	591 000	120 000 000

Man sieht, Erzeugung und Verbrauch des heimischen Düngemittels ist viel rascher gestiegen als die Einfuhr des Salpeters. Jede Million Tonnen Kohle mehr, die wir zur Vergasung bringen, liefert uns 12 000 Tonnen Ammoniumsalz für die Landwirtschaft. Wir müssen also noch 50 000 000 Tonnen mehr Kohle pro Jahr verbrauchen, um den Salpeter gänzlich zu verdrängen. Die gewaltige Steigerung der letzten Jahre beruht darauf, daß neben der ständigen Entwicklung der Gasanlagen ein großer Teil der Motoren in unseren Motorenmaschinen dazu übergegangen ist, Teer, Benzol und Ammoniak aus den Gasen auszuwaschen und zu gewinnen, bevor sie zur Verbrennung abstrahl werden. Hätten wir unseren einheimischen Stickstoffmangel nicht, so hätte die deutsche Landwirtschaft im Jahre 1907 für 81 000 000 Mk. mehr Chlorsalpetzer einführen müssen. Sie würden diesen aber wahrscheinlich noch weit höher bezahlt haben, weil die Einfuhr ohne den Wettbewerb des Salpeters die Preise nach ihrem Gutdünken stellen könnten. Mit anderen Worten: Die Vergasung der Kohle bringt nicht nur der deutschen Landwirtschaft großen Vorteil, sondern auch unserer gesamten Volkswirtschaft. Es wäre daher mit aller Macht anzustreben, möglichst wenig Kohle direkt zu verbrennen und möglichst viel vorher zu vergasen. Beinahe wäre es daher, wenn den Betrieben, die Kohle verbrennen, besondere Erleichterungen eingeräumt, wenn ihnen Kräfte in Gestalt von Fortzugsfrachten für Kohle usw. zuerkannt würden. Statt dessen will man diese unglückliche Industrie als mildebeisende was betrachten und ihre Entwicklung durch eine Steuer künstlich hemmen. Wie verbeidend eine solche Wirtung mag, ist am einfachsten am Stöcköfen zu erkennen. Bei der unbedingtesten und einfachsten Form dieser Öfen, wie man sie noch vielfach in England besitzt, legt man die Kohle mit ihren wertvollen Bestandteilen einfach in die Luft geben. Die Wirtschaftlichkeit der modernen, sehr kostspieligen Anlagen zur Gewinnung der Nebenprodukte beruht vor allem auf dem Ammoniak. Man veratet aber den Ertrag aus dem Ammoniak bedeuten $\frac{1}{2}$ Mk. pro Kubikmeter Motorenkohlengas oder fast genau soviel wie nach Zentralführung man fünfzig Steuer zahlen soll. Würde also die Steuer angenommen, so hätten viele Betriebe keinen Grund, weiter mit dem Bau von neuen Anlagen fortzufahren, und die Vermeidung unserer Luftverunreinigung würde ins Stocken kommen.

Haben städtische Arbeiter ein Interesse an der Kommunalpolitik?

Wir hatten in Nr. 17 der „Gewerkschaft“ das Verhältnis von Gewerkschaften und Gemeindewahlen näher beleuchtet. Zum gleichen Thema sendet uns Kollege pk. noch die nachstehenden Ausführungen: Zur Verwirklichung der Forderungen, die die organisierten städtischen Arbeiter an die städtischen Körperschaften stellen, ist unbedingt notwendig, daß sich jeder im städtischen Dienst Stehende mit der für ihn besonders wichtigen Frage einer von vernünftigen Gesichtspunkten aus geleiteten Kommunalpolitik beschäftigen muß. Unabweislich steht fest, daß die Gemeinde andere Aufgaben zu erfüllen hat, als die vorherrschende Meinung der bürgerlichen Mehrheit auf unsern Rathhäusern ist. Vielfach betrachten diese „weisen“ Stadtväter, mögen sie sich liberal oder sonstwie nennen, den Magistrat bezw. den Gemeinderat als den geschäftsführenden Ausschuss ihrer Interessen, genau so wie die Junter unter „normalen“ Verhältnissen in der Reichsregierung ihre wirkliche Interessenvertretung erblicken. Die Politik einer Stadtgemeinde muß aber, wenn sie den Anspruch auf eine fortschrittliche erheben will, von höheren Gesichtspunkten geleitet werden. Nach einem bekannten Wort sollen Staats- und Gemeindebetriebe Musterbetriebe sein. Wie weit dies zutrifft, können wir als städtische Arbeiter am besten beurteilen. Daß unsere Betriebe noch sehr, sehr weit davon entfernt sind, kann alle Tage konstatiert werden. Wo einigermassen annähernd musterwürdige Verhältnisse im Laufe der Zeit geschaffen sind, waren es die städtischen Arbeiter im Verein mit den Arbeitervertretern im Stadtparlament, die unbestimmt um persönliche Interessen auch die der Stadtverwaltung oft unangenehmen Zustände ihrer Betriebe zur Kenntnis der Allgemeinheit gebracht haben. Aus diesem Grunde hat jeder städtische Arbeiter ein Interesse daran, zu wissen, was für Vertreter im Stadtparlament hineingewählt werden. Zur Verwirklichung unseres Programms (Sicherstellung eines uneingeschränkten Koalitionsrechtes, Gewährung auskömmlichen Lohnes, Einführung der achtstündigen Arbeitszeit, Erholungs- und Sommerurlaubs, Alters- und Altersrentenversicherung, angestammter Fürsorge usw.) kann es nur liegen, daß die Gemeindearbeiter sich um die praktische Kommunalpolitik ihrer Stadt kümmern und als Wahlberechtigte nur solche Kandidaten unterstützen, die rückhaltlos für unser Programm eintreten und auch die Gewähr bieten, daß sie ihre diesbezüglichen Versprechungen halten. Dementsprechend hat jeder städtische Arbeiter danach zu trachten, das Gemeindevahlrecht zu erlangen und auszuüben. Daß letzteres sehr oft mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist, darin zu finden, weil oftmals das Einkommen eines städtischen Arbeiters nicht ausreicht, um das Bürgerrecht zu erwerben. Einen recht deutlichen Beweis dafür, welche Auswirkung in dieser Beziehung auf unsern Rathhäusern herrscht, bietet die Gemeinderatsitzung in Dessau vom 20. Mai 1908. Seitens der sozialdemokratischen Vertreter im Gemeinderat wurde darauf hingewiesen, daß selbst Arbeiter, die 25 Jahre und länger bei der Stadt beschäftigt sind, noch nicht einmal das Einkommen von 1050 Mk. hätten. Zwar hätten sie während dieser Zeit Anerkennung für treue Dienste“ erworben, nicht aber das Bürgerrecht. Oberbürgermeister Ebeling machte aus seinem Herzen auch keine Vorbehalte und sagte freudig und frei heraus, wie er über die städtischen Arbeiter denkt. Wenn also Arbeiter 25 Jahre und noch länger im Dienste der Stadt sich befänden und noch nicht das Einkommen von 1050 Mk. erreicht hätten, sie auch das Bürgerrecht nicht verdienten! Dr. Ebeling konnte einem Menschen, der 25 Jahre ein Faulpelz gewesen sei, das Bürgerrecht nicht geben. Städtische Arbeiter! merkt Euch, wenn bei der Stadtverordnetenwahl die bürgerlichen Mandatanten alles mögliche versprechen und nachher, wenn ihr als Stimmvieh eure Schuldigkeit getan habt, tritt auch hier der bekannte Ausspruch in Erscheinung: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.“ Um diesem Hebelstand in wirksamer Weise entgegen zuwirken, gilt es durchzusetzen, daß das Koalitionsrecht, wo es bisher nur auf dem Papier stand, auch in die Praxis umgesetzt wird. Jedem städtischen Arbeiter muß es frei stehen, sich zu koalieren, wo und wie er will. Auf keinen Fall darf seitens der Stadtverwaltung oder ihrer ausführenden Organe in die staatsbürgerlichen und kommunalpolitischen Rechte der Arbeiter eingegriffen werden. Man sollte glauben, daß dies so selbstverständlich ist wie nur irgend etwas.

Aber selbst bei der Ausübung ihres Wahlrechts werden Gemeindearbeiter gebindert, indem man ihnen einfach vorreibt, denjenigen Mandatanten zu wählen, der der Stadt- oder Betriebsverwaltung angenehm ist. Durch derartige ungeheuerliche Beeinträchtigungen, wie sie z. B. in allerletzter Zeit in Halle a. d. S. passiert sind, wo die eingeschüchterten städtischen Arbeiter arbeitserfeindliche Mandatanten wählen mußten, da ihnen das nötige Maßwort durch den Verband der Gemeinde-

arbeiter fehlte. Im Interesse der Halberstädter städtischen Arbeiter dürfte es aber liegen, wenn sie endlich die Zeden und Strenghaltung abwerfen, und sich der Bewegung ihrer Kollegen in den anderen Städten anschließen würden. Allerdings dürfte man es dann nicht wagen, den Gemeindeführern derartige Verräterdienste zuzumuten. Noch kann dies gut gemacht werden, indem die Kollegen von dem Koalitionsrecht Gebrauch machen und dann vor allen Dingen bei der Stichwahl, die Ende November stattfindet, dem sozialdemokratischen Arbeiterkandidaten ihre Stimme geben.

Gerade unsere Kollegen können es am besten beurteilen, wer ihre Interessen im Stadtparlament vertritt. Waren es jemals die Vertreter derjenigen Partei, die am 6. November gewählt wurden? Niemals! Bis jetzt sind die Interessen der städtischen Arbeiter durchweg einzig und allein von den sozialdemokratischen Stadtverordneten vertreten worden.

Auch in Magdeburg hat man ähnliche Gelüste wie in Halberstadt. Auch hier will man am liebsten die städtischen Arbeiter als Vorspann benutzen, um einige Mandatanten des bürgerlichen Risikohahes und der gelben Verrätergewerkschaften ins Stadtparlament hineinzubugserien. Sind diese Herren erst wieder im Stadtparlament, dann bekämpfen sie rücksichtslos und brutal alle Forderungen der Arbeiter, Mandatanten aber, deren Gefolgschaft in den gelben Terroristen besteht, haben keinen Anspruch darauf, sich als Vertreter der städtischen Arbeiter auszugeben. Die städtischen Arbeiter haben ein Interesse daran, daß die Zahl der wirklichen Arbeitervertreter im Rathause sich vergrößert. Darum wird auch kein städtischer Arbeiter bei der Stichwahl einem anderen Kandidaten, als den der Sozialdemokratie seine Stimme geben können, weil die wirksamste Unterstützung zur Durchführung unseres Programms nur bei den sozialdemokratischen Stadtverordneten zu finden ist und uns nur diese allein die Gewähr bieten, daß sie mit uns an der Verwirklichung unserer Forderungen mitarbeiten. Darum Kollegen, jede Stimme fällt bei der Stichwahl in die Waagschale. Durch eure Stimmabgabe beweist, daß ihr Vertrauen zu den Arbeitervertretern im Stadtparlament habt.

Lohnerhöhung und Umänderung der Allgemeinen Bestimmungen für die städtischen Arbeiter in Köln.

I.

Der Stadtverwaltung von Köln wurden Anfangs Oktober des vorigen Jahres von Seiten des Gemeindeführerbandes eine Reihe von Anträgen unterbreitet, welche die Erhöhung der Löhne einzelner Arbeiterkategorien, die Durchführung des § 5 des Lohnrechts und die Umänderung der „Allgemeinen Bestimmungen“ bezweckten. Die Verhandlungsergebnisse der Allg. Vers. haben wir in der Nr. 28 der „Gewerkschaft“, Jahrgang 1907, eingehend dargestellt. Der christliche Hilfs- und Transportarbeiterverband war ebenfalls um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eingekommen. Ein gemeinsames Vorgehen lebten die Christlichen ab, jedenfalls in der Meinung, in Köln so etwas nicht notwendig zu haben. Die Stadtverordnetenversammlung vom 21. Januar 1908 überwiegt die Anträge wider Gewerkschaften zur Prüfung an die sozialpolitische Deputation, die wiederum eine eigene Kommission bestellte, die dann in neun Sitzungen die Erörterung der Anträge vorbereitete. Unterdessen wurde auf Antrag des städtischen Ausschusses der freien Gewerkschaften Kollege W. Orth als Mitglied in die sozialpolitische Deputation gewählt, die ihn auch in die sogenannte „engere Kommission“ delegierte. Damit war zum erstenmal ein Arbeitervertreter, der auf unserem Boden steht, berufen, in dem sozialistischen Kölner Rathhaus Arbeitsergebnisse zu vertreten.

Mag sein, daß man noch nie Eingaben der Arbeiter so eingehend verteil wie diesmal. Das Ergebnis stellt jedoch ist keineswegs für die Arbeiter befriedigend ausgefallen. Dennoch zeigen die Vorschläge der „engeren Kommission“, die dann auch von der Gemeindeführerband und dem Plenum der Stadtverordnetenversammlung vom 19. November d. J. angenommen wurden, daß man sich dem Einfluß der Arbeiterorganisationen nicht entziehen kann. Die Zugeständnisse stellen sich somit als Monopolen an die aufwärtsstrebende Bewegung der Gemeindeführerband.

Um eine allgemeine Lohnerhöhung zu beantragen, waren die Umstände sehr ungünstig. Zunächst war mit einem Aufwande von 561.000 Mk. Ende 1906 eine allgemeine Lohnaufhebung vorgenommen. Diese Lohnaufhebung, die jährliche Zulagen bestimmen, wurden für alle Jahre geschaffen. (Heber'sche die Nr. 7, 8, 9 und 10 des Jahrganges 1907 dieser Zeitschrift.) Ferner haben wir die Verhandlung auf dem Arbeitermarkt bei Erneuerung unserer

ter Anträge keine Rücksicht. Es konnte sich daher für uns nur um zweierlei handeln: zunächst um die streitige Durchführung des derzeitigen Lohntarifs und dann um die Befestigung der untersten Lohnklasse. Dieselbe bestimmt bei einer jährlichen Steigerung von 0,10 Mk. einen Anfangslohn von 3,25 Mk. und einen Höchstlohn von 4,25 Mk. Alle weitergehenden Forderungen hatten von vornherein keinerlei Aussicht auf Erfolg.

Die Durchführung des § 5 des Lohntarifs vom 1. Dezember 1906 ließ bei verschiedenen Betriebsverwaltungen alles zu wünschen übrig. Dieser Paragraph besagt, daß der Arbeiter alle Dienstjahre angerechnet bekommt derauf, daß er, falls mit der Lohnzulage am 1. Dezember 1906 der auf Grund des Lohntarifs zu geltende rechnungsmäßige Lohnsatz nicht erreicht wird, alle Jahre am 1. Dezember eine dreimalige Zulage erhalten soll, bis er seinen rechtmäßigen Lohn erreicht hat. Diese klare Bestimmung „bestanden“ einige Betriebsverwaltungen nicht. So kam es, daß sehr viele Arbeiter um die ihnen zugesagte Lohnzulage — gebracht wurden. Schon Weihnachten 1906 verlangten die in unserer Verbände organisierten Tischbauarbeiter die Beachtung der genannten Bestimmung. Vergabens, unsere Eingabe zeugte keinen Erfolg. Ende 1907 verlangten wir wiederum die Reipetterung gefähter Forderungen. Wohl oder übel mußte man sich mit der Sache beschäftigen. Unser Antrag ging dahin, alle nicht zur Auszahlung gelangten Zulagen ab 1. Dezember 1906 nachzuzahlen. Der Lenkungsstadterordnete Rings machte den Vermittlungsvorschlag, die Nachzahlung ab 1. Dezember 1907 eintreten zu lassen. Dieser Antrag, der übrigens die Verpflichtung des § 5 des Lohntarifs in einer nun hoffentlich auch den Betriebsverwaltungen verständlichen Form wiederholt, hat eine Mehrbelastung des Stats von 967.48,90 Mk. zur Folge. Diese Summe verteilt sich wie folgt:

Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte . . .	70.920,—	Mk.
Tischbauamt	18.000,—	"
Schlacht und Viehhof	2.000,—	"
Straßenbahnen	1.672,50	"
Käseverwaltung	1.432,—	"
Borortbahnen	976,50	"
Hochbauamt	943,85	"
Wasserverwaltung	603,75	"
Summa	967.48,90	Mk.

Diese acht Verwaltungen waren es also, die sich um den § 5 des Lohntarifs mehr oder minder herumgedrückt hatten. Die Verwaltungen des Gartenbauens, Hofamtes, der Friedhöfe und des Fuhrparkes einschließlich Straßenreinigungsbetriebes haben anscheinend den § 5 richtig verstanden, für sie werden keine Anforderungen nicht gestellt.

Verhüttete Grubenarbeiter.

Die Grubentatmosphäre von Radbod, bei der 33 Tote und 35 Schwerverletzte waren und 6 gerettet wurden, ruft die Schreckenssjene aus Jolas Roman „Germinal“ wach, die wir nach einem Auszug der „Magdeh. Volkszt.“ hier wiedergeben.

Die am Tage der ersten Katastrophe im Schachte zurück gebliebenen Anglücklichen waren in ein Schreckensgebell ausgebrochen. Das Wasser stand ihnen schon bis zum Leibe. Das Donnern der herabprallenden Wassermassen betäubte sie, das Krachen der Balken ließ sie glauben, die Welt gehe unter. Zum Wahnsinn aber brachte sie das Wiehern der um Ställe verhöhlten Pferde, ein gräßlicher, unvergleichlicher Todeslärm. . . .

Zwanzig Männer stürmten in langer Reihe mit hochgehaltenen Lampen vorwärts. Der Stollen hier ein wenig an, und konnten zweihundert Meter weiter gelangen, ohne daß das Wasser ihnen höher ging. Ein alter Arbeiter begann lange vergebene Gebete zu murmeln und streckte dabei beide Arme aus in die Luft, um die Götter der Grube zu beschwören.

An der ersten Kreuzung aber gab es schon eine Meinungsverschiedenheit. Der Kleidermacher wollte nach links abbiegen, die anderen sahen, man könne den Weg abfärzen, wenn man rechts geht. Darüber ergab eine Minute verloren.

„Gott! Ich meinwegen eure Knochen hier,“ rief Ebdaval wütend, „ich gebe ihnen Weg.“

Er wollte sich zur Rechten, und zwei Männer ritten ihm. Die anderen aber galoppierten hinter dem alten Rouque her, der auf dem Grunde des Kammhantl grün geworden war. Er aber jagte jetzt selbst und wollte nicht mehr, wohin er sich zu wenden habe. Die Todeangst hatte sie alle betäubt, sie konnten die Stollen nicht mehr. Bei jeder Kreuzung schwankten sie, und es gab einen kurzen Aufenthalt. . . .

Sie waren etwa fünfzig Meter hinter den anderen zurück geblieben, als der Stollen sich plötzlich vor ihnen schloß. Ein un-

Um einer Befestigung der untersten Lohnklasse vorzuarbeiten, schied man zwei Arbeitergruppen vor: die Tischbauarbeiter und die Arbeiter in den Revisionswerkstätten der Straßenbahnen. Im Tischbauamt als auch im Straßenbahnbetrieb wurden noch Anfangslohne von 3,25 Mk. bezahlt. Die sozialpolitische Deputation ließ sich von der Verwaltung belehren, daß weitgehende Lohnerböhrungen in diesem Jahre nicht angebracht seien. Die schlechte Finanzlage der Stadt und die wirtschaftliche Depression veranlaßten sogar die Verwaltung, gegen die Erhöhung des Anfangslohnes zu sein. Schließlich einigte man sich auf die Formel „Teuerungszulage“. Alle Arbeiter, die weniger als 3,50 Mk. Tagesverdienst haben, sollen zumindest diesen Lohnsatz erhalten; ein Lebensalter von 20 Jahren war vorausgesetzt. In Frage konnten an 600 Arbeiter. Die Mehrerausgaben betragen 21.800 Mk.

Die Christlichen hatten in ihrem Hebereifer noch Lohnforderungen für die Fuhrparkarbeiter und Laternenwärter gestellt. Ernst konnte es ihnen darum nicht gehen sein, sonst hätten sie darauf drängen müssen, ihre Anträge von ihren Vertretern zur Sprache gebracht zu sehen. Die Anträge der Christlichen rüchteten aber, ohne einer Besprechung gewürdigt zu werden, glatt unter den Tisch.

Die Forderungen der Bremer Staatsarbeiter vor den Deputationen.

Unsere Bremer Kollegen haben trotz rühriger Organisationsarbeit den Widerstand der staatlichen Körperschaften bezüglich unserer Forderungen noch nicht zu brechen vermocht. In einer kurz befristeten Versammlung nahmen sie kürzlich erneut zu dem abkehrenden Verhalten der Deputationen Stellung. Es wurde eine Protestresolution beschlossen, in der es unter anderem heißt:

„An der Erwägung, daß die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit und die Bezahlung des Differenzbetrages in Anstaltsstellen eine aus gesundheitlichen wie kulturellen Gründen gebotene Notwendigkeit, ferner aber als das Mindestmaß dessen zu betrachten ist, was von einer fortschrittlichen Stadtverwaltung verlangt werden muß, so erwarten die Versammelten von den Bürgerschaftsmitgliedern, daß sie in ihrer demnächstigen Sitzung die Wünsche der Arbeiter berücksichtigen und die Deputationen dahingehend beauftragen, baldmöglichst eine neue Behandlung und ein entsprechendes Entgeltkommen herbeizuführen, wenn nicht anders die Erregung unter den staatlichen Arbeitern immer größer werden und diese zuletzt zur Anwendung anderer wirtschaftlicher Kampfmittel führen soll.“

Die in der Versammlung vom Kollegen Wegsahrt gegebene Begründung ist den sämtlichen Bürgerschaftsmitgliedern zugestellt worden. Wir geben hier die wichtigsten Stellen wieder:

gehuter Mod stürzte herab und trennte sie von den anderen. Das Wasser unterwühlte bereits das Gestein, von allen Seiten hörte man das Getöse der Einstürze. Sie mußten auf dem Wege zurückkehren, auf dem sie gekommen waren, und sie wußten nicht mehr, in welcher Richtung sie gingen. Es war nun zu spät, sie mußten den Gedanken aufgeben, durch Requiart hinaufzukommen. Ihre einzige Hoffnung war, die höher gelegenen Stollen zu erreichen, wo man ihnen zu Hilfe kommen konnte, wenn das Wasser fiel.

Etienne erkannte endlich den Guilleaumontschacht.

„Gut,“ sagte er, „nun weiß ich, wo wir sind! Wir waren auf dem richtigen Weg, aber jetzt, Gott verdammt mich . . . wir müssen uns jedenfalls noch mehr nach rechts halten.“

Das Wasser ging ihnen bis an die Brust, sie kamen nur sehr langsam vorwärts. Da sie noch ihre Lampen hatten, verzweifeltten sie nicht. Sie bliesen eine aus, um Tel zu sparen. Als sie den Kollweg erreichten, veranlaßte sie ein Geräusch hinter ihnen, sich umzuwenden. Waren es etwa Männer, die keinen Ausweg gefunden hatten und nun wiederkamen? Doch sie schrien auf, als sie eine gewaltige weiße Masse aus dem Dunkel auf sich zukommen sahen. Sie war zu riesenhaft für den engen Stollen und kämpfte verzweifelt gegen das Holzwerk, das sich in ihre Seite bohrte.

Es war Antalk, der alte Gaul. Verzweifelt war er durch die dunkeln Stollen galoppiert. Den Weg in der unterirdischen Stadt, die er nun seit et Jahren bewohnte, kenne er zu kennen; seine Augen vermissten in dieser ewigen Nacht zu sehen. Er konnte umhinkommen vorwärts. Wohin? Sollte er vielleicht noch einmal an die Kühle kommen, aus Her der Scarpe, wo er seine Jugend verlebte, an die ihn manchmal noch eine Erinnerung mahnte, eine Erinnerung an die Sonne, die wie eine große Lampe in der Luft hing! Er wollte noch leben, sein Herzgedächtnis erwachte, und das Verlangen, noch einmal die Luft der Erde da oben zu atmen, trieb ihn vorwärts. Er wollte das Licht finden, das ihm den Ausgang ins Licht gewährte. Das Wasser verfolgte ihn, schlug um seine Schenkel, drückte sich in seine Haut. Und er lief weiter und weiter, ob auch die Stollen enger und niedriger wurden. Schon

Die Bremer Staatsarbeiter haben sich mehrfach durch Eingaben an die Deputationen gewandt, um eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen. In diesem Hinblick wurde auf Beschluß einer allg. einen Staatsarbeiterversammlung eine gemeinsame Eingabe im Auftrag unseres Verbandes eingereicht. Die Forderungen betrafen in einer mäßigen Lohn-erhöhung und Einführung des Kernsruhtages. Als im Jahre 1899 von der Wass- und Wasserwerken der Stadt Stundenlohn eingeführt wurde, da wurde Bremen als die sozialpolitisch fortgeschrittenste Stadt gepriesen. Heute müssen wir leider konstatieren, daß Bremen in sozialpolitischer Hinsicht äußerst rückständig ist. Im Jahre 1900 hat die sozialdemokratische Fraktion der Bürgerschaft verlangt, einen Minimallohn von 4 Mk. für die Staatsarbeiter einzuführen. Heute werden aber 4 Mk. Tagelohn nicht mehr aus, davon sollten auch die Deputationsmitglieder überzeugt sein. Als Bedarfsmittel sind in die Höhe gegangen. Die „Sozialpolitische Rundschau“ kommt zu dem Ergebnis, daß die Lebensmittel bedeutend mehr gestiegen seien, als sich durch die Lohn-erhöhungen mit Hilfe der gewerkschaftlichen Kämpfe erreichen ließen. Die Staatsarbeiter haben seit Jahren nichts erhalten, mit Ausnahme der Familien beim Gaswerk. Die gesundheitsgefährliche Beschäftigung der Gasarbeiter ist unbestreitbar. Die Verabreichung der Arbeitszeit bei der Verwaltung keinen Schaden, sondern Vorteil gebracht, da die Arbeit eine intensive geworden ist. Dadurch wird es für die Arbeiter notwendig, die verlorene Strafe durch reichlichere Nahrung zu ersetzen. Der Bremische Staat stellt die Arbeiter mit 3 Mk. ein, nach Abzug der Beiträge bleibt ein Wochenlohn von 17 Mk. und einigen Pfennigen. Selbst der von bezahlte Straßensreinigung erhält nur 150 Mk. Aber es gibt noch schlechtere Löhne. Die Arbeiter der Landdeputation verdienen durchschnittlich 10,13 Mk., da zu bestimmten Zeiten nur 7 1/2 Stunden gearbeitet wird. Die Streckenarbeiter der Deputation für Häfen und Eisenbahnen haben einen Stundenlohn von 35 Pf., sie arbeiten durchschnittlich 8 1/2 Stunden. Das macht nach Abzug des Beitrages für die Arbeitslosenversicherung, Krankengeld usw. einen Wochenlohn von 16,91 Mk. Sonst ist Bremen nicht so mauerzig, besonders wenn es sich darum handelt, hochbezahlten Beamten noch Gratifikationen von vielen Tausenden zu machen. Mit 16,91 Mk. ist kein Arbeiter imstande, seine Familie zu ernähren. Frauen und Kinder müssen mitarbeiten. Besonders bedauerlich ist es auch, daß den Arbeitern die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abgezogen werden. Man möchte anerkennen, daß die Arbeiter sich nichts erlauben können, aber trotzdem macht man noch Abzüge. In dem Bericht der Straßensäubigungsdeputation wird angeführt, daß unter den 24 Arbeitern sehr schlechte Gesundheitsverhältnisse herrschen. Von diesen Arbeitern waren im vorigen Jahre 161 krank, das sind 75 Proz. Dieser Be-

trieb ist deshalb auch der reine Tauschschlag, es wurden im selben Jahre wohl über 100 Personen entlassen oder gingen von selbst. Gestadelt muß es auch werden, daß hier den Arbeitern für Feiertage Lohnabzüge gemacht werden, während in mehr als 50 Städten der Lohn für die Feiertage mitbezahlt wird. In Bremen muß der Arbeiter den Hungertoten enge anschauen, wenn ein Feiertag war.

Auch die Differenzbezahlung zwischen Lohn- und Krankengeld bei Arbeitsfällen muß verlangt werden, um den Arbeiter vor Entdemnach zu bewahren und um seinen Körper wieder gesund und arbeitsfähig zu machen. Die Stadtverwaltungen müssen in sozialer Beziehung auf einer höheren Stufe stehen, als Privatbetriebe. 59 Städte haben diese Differenzbezahlung eingeführt. Bremen ist auch in dieser Beziehung am rückständigsten. Die Stadtdeputation hat ihren Arbeitern, die den Wert der Organisationsarbeiten haben, eine neue Dienstordnung beigesteuert. Nach dieser müssen die Arbeiter den Schülern jegliche Hilfeleistung bringen. Außerdem müssen sie Hunde einsaugen. Für letzteres gibt es eine Prämie von 2 Mk. pro Hund. Man will ja eben den Arbeitern dadurch einen kleinen Nebenverdienst zukommen lassen, damit sie ihre misliche Lage vergessen. Man benutzt diese Arbeiter zwar als Hundesauger und Ordnungswächter, aber eine Sündigungsfrist gibt man ihnen nicht. Wegen jedes Verstoßes müssen sie sofort entlassen werden.

Die nach fünf Monaten auf eine Anfrage von den Deputierten eingehenden Antworten auf unsere Forderungen lauteten sämtlich ablehnend. Die Deputation für Wasser und Gesundheitswesen antwortete, daß sie keine Veranlassung habe, mit der Organisation der Staatsarbeiter zu verhandeln! Was heißt die Privatbetriebe und viele Stadtverwaltungen einsetzen, nämlich mit den Organisationen zu verhandeln, lehnt diese Deputation ab. Um nun den Deputierten Veranlassung zu geben, zu sagen, sie hätten bei Erreichung der Forderungen durch den Arbeitsausschuß die Bewilligung, so hat der Arbeitsausschuß diese Forderungen erneut eingereicht, aber auch darauf erhielt eine Ablehnung, obwohl mancher glaubte, die Deputation würde ihren Wünschen Gehör schenken.

Auch in anderer Beziehung blickt die Stadt Bremen nach. Nach einer Klage wurde endlich der Sommerurlaub im vorigen Jahre bewilligt. In diesem Jahre wurde bestätigt, daß die Bestimmungen, die das Bürgerchaftsmitglied Meier bei Verletzung des Sommerurlaubs zum Ausdruck brachte, eingetroffen sind, nämlich, daß die Vorgesetzten darüber zu befinden haben, wer Urlaub erhalten soll. Aber Bürgermeisters Verkaufhaus behält darauf, daß die Vorgesetzten die Entscheidung über den Urlaub hatten. Heute ist in allen Betrieben anzusehen, daß derjenige, der Urlaub haben wollte, sich beim Direktor melden

und er sich die Zeiten an dem Holzweil auf, ließ lautstark an den Pfählen hängen. Die Grube schen ihm ihn zusammenzustoßen zu wollen, um ihn festzuhalten und zu erstickn.

Erinne und Catherine haben jetzt, wie er zwischen dem Geflein stehen blie. Er war auf die Vorderbeine gefallen und hatte sie gebrochen. Mit einer letzten Anstrengung schleppte er sich noch ein paar Meter weit, aber seine Klanten ließen sich in mehr durch der engen Gänge pressen, er blieb eingeklemmt stehen. Dem blutigen Kopf streckte sich vor, seine großen hervorquellenden Augen suchten noch nach einem Ausweg. Das Wasser bedeckte ihn bald, und er wiebete und wackelte lang und furchbar, wie die anderen Wände im Stall im Todesampf geschauelt und gewackelt hatten. Dann, als ihm das Wasser endlich über den Kopf gestiegen war, verschmammte er und tiefes Säuzen brach endlich wieder.

„Ach, mein Gott, ich will nicht sterben, ich will nicht sterben!“ schluchzte Catherine, „bring mich fort, rette mich!“

Er sollte den Tod gesehen. Der erschütternde Schauer, das stetig fließende Wasser in den Gruben, nichts hatte ihn sich ein Grauen erzeugt als der Todesstöhnen Catherine. Es klang ihn in den Ohren, er schauerte vom Kopfe bis zu den Füßen!

„Bring mich fort! Rette mich!“

Erinne rang sie fort. Es war die boomte fort. Das Wasser ging ihnen bis an die Achseln, als in der Höhe erwarteten. Er mußte sie helfen, denn sie hatte nicht mehr die Kraft, sich an dem Holzweil festzuhalten. Erinnert glaubte er, sie solle in das Meer, das unter ihnen brandete, nieder springen. Als sie den ersten wasserreichen Stellen erreichte hatten, riefen sie ein paar Minuten ausruhen. Das drang das Wasser jählich bis zu ihnen vor, und sie mußten weiter. Und so auch es hundertmal fort, bei dem Wasser her, von einem Stollen in einen anderen. Am sechsten Stollen glaubten sie einen Augenblick den rettenden Strahl des Wassers zu bemerken, und die Vermutung ließ ihre Wangen feuerrot erscheinen. Das Licht schwebte so in so jählicher, in einem Augenblick und von da in ein Leben. Aber blieb ihnen nur noch ein einziger übrig, und angstvoll beobachteten sie das geringste

Steigen des Wassers. Wenn es nicht zu steigen aufhört, mußten sie dennoch sterben, wo das alte Reich?

Jeden Augenblick hatte man das Geräusch von Entwürfen. Am Ende der Stollen explodierte die zusammengepackte Luft und ließ die Steinmassen auseinander, es war das fürchterliche Getöse eines Berges, ein Stoll von jenseit wälzten Wände der Wälder, als die Entwürfe die Erde erbeben machte und Berge und Ebenen durchemanen ließen.

Und Catherine stammelte unaußhörlich mit gefalteten Händen: „Ich will nicht sterben... ich will nicht sterben...“ Um sie zu beruhigen, behandelte Erinne, das Wasser trage nicht mehr. Sie stehen ihm nach jauchsen jede Stunden in der Grube nieder. Bald mußte ihnen Hilfe kommen. Er sagte jedes Minuten, ohne genau zu wissen, wieviel Zeit seit dem Beginn des Unglücks verstrichen war. In Wirklichkeit war ein ganzer Tag vergangen, seit sie in dem Grottenraum beobachtet immer über ihnen.

Erinnert und jähnelappend riefen sie sich hier zum Leben ein. Catherine zog ihre Arbeit aus, um sie anzuzünden, und zog dann Nadel und Faden herüber an. Damit sie auf ihrem Körper trocknen konnte. Da sie barmherzig war, gab er ihr seine Holzschuhe. Sie wollte aber nur ruhig warten. Die Lampe hatten sie nicht mehr geheizt, damit sie weniger Licht verlore. Doch jetzt, ihnen ein Stempel für ein Leben, sie trübten beide entsetzlichen Schauer in den Entwürfen zu sehen. Als die Nachtstunde anbrach, hatten sie noch nicht geschlafen, und sie konnten nur ihre Bruststücke aufeinander und zu Press verwenden in ihren Taschen. Sie konnte erst vorse werden, aber sie ihn beruhigen konnte, sein Stuhl zu beschreiben. Man mußte sie beruhigen, so bestiel sie von Erinnert in einem Augenblick, er wurde ihm beruhigen, schlaflosen Augen vor ihm hin.

Wenig Stunden vergangen fort. Er hatte es nicht zu sagen zu machen. Er konnte nur, daß durch das plötzliche Koch der Moll, das die plötzliche, unheimliche, die Welt, oben und unten und hoch hinaus, um sie zu erreichen. Ein war es ein ferner, jenseit, Stoll gewesen, eine Schlinge, die glatt

m u. f. Einige zu Unterbeamten abauferte Arbeiter glauben besonders als Antreiber tätig sein zu müssen. Die Arbeiter müssen schweigen, jeder Widerspruch wird mit Entlassung geahndet. Das ist die „gehabte Erntung“, die die krummen Staatsarbeiter haben.

Witterweife hat die sozialdemokratische Reaktion unterm 11. November folgenden Antrag unterbreitet:

„Die Bürgerchaft spricht ihr Bedauern darüber aus, daß die in Frage kommenden Deputationen die berechtigten Forderungen der in den staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter abgelehnt haben. Die Bürgerchaft erwartet, daß die Deputationen die Forderungen der Staatsarbeiter in bezug auf Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung einer erneuten Prüfung unterziehen und mit der Organisation der Staatsarbeiter in Unterhandlungen treten.“

Es bleibt nun abzuwarten, wie sich die Bürgerchaft zu dem ablehnenden Verhalten der Deputationen stellen wird. Voraus sichtlich wird mit dem vorstehenden Antrag gleichzeitig die Eingabe unserer Bremer Kollegen verhandelt werden. Sollte man auch diesmal den berechtigten Wünschen der Staatsarbeiter nicht nachkommen, so werden unsere Kollegen ihre Anstrengungen verdoppeln, in der rathändigen Kommunalpolitik etwas gewalttätig auf die Weine zu setzen!

Rus den Betrieben der Berliner I. C. G. R.

Als im Jahre 1903 die Organisation in den Betrieben der „Engländer“ Geschäftsstellen endgültig feststehen sollte, trotz aller Gegenmaßnahmen der Verwaltungen, war es die erste und Hauptaufgabe der jungen Organisation, den Arbeitern eine Sicherheit gegenüber der Willkür der Vorgesetzten und gegen das damalige strafrechtliche Straffsystem zu schaffen. Die Arbeiterauschüsse, die damals nach beständigem Widerstande der Direktion doch eingeführt wurden, gingen mit regem Eifer an die Befestigung der Angelegenheiten. Eine neue Arbeitsordnung regelte vor allem das Straffsystem. Die Geldstrafen wurden beseitigt und dem Strafsystem, das unter der Regide des Herrn Rechtsprof. sich besonders entwicklungsfähig hatte, bestrafte der Herr doch bis zu 11 Tagen Sünner diesen oder jenen „Verbrecher“, wurde ein Ende gemacht. Als Schutz gegen willkürliche Entlassungen enthielt die Arbeitsordnung in § 2 eine Bestimmung, wonach der Entlassene drei Verweise vorangehen sollten. Ferner sollte bei etwaigen notwendigen Entlassungen der Anciennität nach verfahren werden. Leberer Antrag der Arbeiter wurde im Jahre 1906 erneut wieder erhoben, und er hatte den Erfolg, daß beschlossen wurde, im allgemeinen entsprechend zu verfahren. Bei Einführung einer neueren Arbeitsordnung 1907, die infolge der Verkürzung der Arbeitszeit notwendig wurde, erstanden die Ausstände um eine genauere Interpretation der Frage, welche Vergehen oder Verbrechen mit einem Verweise zu bestrafen seien. H. a. erlachten damals ver-

stärkte Ausstufungsvorhänge, daß geringes Auspätkommen nicht mit Verweis bestraft werden sollte. Im großen und ganzen hat mit die Verwaltung bis vor kurze Zeit danach gerichtet, wenn auch verschiedene Male der Versuch gemacht wurde, die Ausstellungen und Verordnungen zu umgehen, die Maßregelungen der letzten Jahre zeugen davon.

In letzter Zeit können nun in verschiedenen Betrieben die Zustände, wie sie bis 1907 bekannt waren wieder Platz zu greifen. Die gegenwärtige Methode scheint den einzelnen Verwaltungen geeignet, um die fernzeit gegebenen Zustörungen und Verordnungen als nicht vorhanden zu betrachten. Eine Anzahl von Entlassungen im Hauptbetriebe und im Gaswerk über spreche bezugnehmend. Bei allen diesen Entlassungen sind weder die Bestimmungen der Arbeitsordnung § 2 noch die Zusicherungen bezüglich der Anciennität eingehalten worden. Im Hauptbetriebe scheint sich der Herr so oft genannte Rechtsprof wieder als Herrin der Situation zu fühlen, und was das bedeutet, davon wissen die Kollegen ein Lied zu singen. Es ist uns durchaus nicht unangenehm, daß wir uns so oft mit der Person dieses uns sonst recht ablehnungsvollen Herrn befassen müssen, aber seine Maßnahmen zwingen uns dazu. Allerdings dürfte dies unangenehm. Empfinden auf Gegenseitigkeit beruhen, nach den Neuerungen des Herrn R. zu schließen, wonach er jeden Arbeiter mit Entlassung droht, der ihn unterhandelt, in der Versammlung seinen Namen zu nennen! Leider ist Herr R. nicht allmächtig, und so wird er es sich wohl gefallen lassen müssen, daß seine Maßnahmen gegebenenfalls kritisiert werden.

Neuerdings spielt sich Herr R. als Mentor des Arbeiterauschusses auf. Immer ist es schon in den Ausschüßungen empfunden worden, daß Herr R., trotzdem er keinerlei Funktionen im Ausschüß ausübt, in den Sitzungen stets das große Wort führt, die Kollegen unterbricht, ihnen widerspricht, kurz und gut ihnen über den Mund fährt. Neuerdings ist er sogar noch weiter gegangen und hat den Mitgliedern des Ausschusses überhaupt verboten, sich ohne seine Genehmigung und Zustimmung an den Vorsitzenden des Ausschusses zu wenden. Diese „Verordnung“, und Herr R. ist groß im Reden, setzt doch allem die Kreise auf. Verschärft Herr R. vielleicht, daß wenn die Mitglieder des Ausschusses einmal ohne sein Wissen verhandeln, der Direktor Rudolph Zugeständnisse macht, deren Verfestamotierung Herr R. Haupt wieder geltend Anstrengungen verweigert? Es sei hier nur an die Lokustalen erinnert, ebenso an die Zulage für Arbeiten an Zulassungen und Streiksträngen. Welche Zugeständnisse sind hier noch nicht eingeleitet. Die Lokustalen haben vielfach nur auf dem Papier. Das sollte ist es aber, daß Herr R. kurzlich erklärte, daß er jeden entlassen werde, der um einen höheren Lohn nach der von der Direktion festgestellten Skala ihm zulebenden Lohn fordere. Daß im übrigen der Ton, den er den Arbeitern gegenüber anschlägt, seinem sonstigen Auftreten angemessen ist, verheißt sich am Raude. Dabei doch kurzlich erst mehrere Anstellungen ihre Mündigkeit damit begründet, daß sie als Menschen statt Maschinen nicht erzogen können. Durch Verstoß der

dahingeliegt, dann kam es wie liegendes, sich krummendes Echlängenritzen heran. Nun leckte das Angerinn schon die Rinde des schlafenden Waddens. Er schaute sich, Catherine zu werden. Was es nicht gramlich, sie aus der Bewusstlosigkeit aufzurufen, vielleicht aus einem Traume voll Sonnenlicht? Und wohin auch sollten sie fliehen! Er kam nach, und es fiel ihm ein, daß der Hüllweg in diesem Teile mit einem anderen korrespondierte, der noch höher nach oben in den Schacht führte. Das war vielleicht ein Ausgang. Er ließ Catherine so lange wie eben möglich schlafen und wartete, bis die Mut so weit herangekommen, daß sie ihr unbedingtes werden mußten. Dann erst richtete er sie sanft auf, und sie schauerte erwachend zusammen.

„Komm Götter! Es fängt wieder von neuem an.“
 „Alle Schrecken der vergangenen Stunden stellen ihr ein, sie weinte laut und sah den Tod vor Augen.“
 „Nun, mein Liebste dich, es ist nicht so schlimm.“ Antwort er sie. „Wir können hindurch.“

Um zu dem Hüllweg zu gelangen, mußten sie ganz abwärts gehen, bis an die Schichten im Wasser waren. Dann begann das Steigen von neuem, diesmal nur war es sehr gefährlich. Sie suchten das Ziel an sich zu geben, um den Maßen oben zu erhalten, denn wenn er plötzlich heruntergeworfen wäre, hätte er sie getödtet. Doch das Ziel war nicht von der Stelle zu bewegen, ein Wunder mußte es irgendwo sein. Sie r rührte in nun, nach oben zu klammern, ohne sich an dem Seil festzuhalten, und umen sich über der Kugel an dem gefährlichen Holzgerüst an. Sie hielt sich mit blutenden Händen fest, es hatte sie von unten mit jenem Schreck. Plötzlich aber stießen sie sich an Wurzeln, die den Weg verengten hatten. Inunter konnte es nicht und machte von Durchgang ganz unmöglich. Zum Glück stand sie mitten von der verengten Stelle ein Ausgang, und sie lernten in einem anderen Stollen einzuweichen.

„Nun begann ein neuer Kampf. Sie hatten die letzte Lampe angezündet, die das unangenehme, fast über Ertrinken, der Blut beleuchtete. Ein glühendes Wasser bis zu den Mäuscheln,

mit beneute es schon ihre Mitte. Der Stollen stieg in der Richtung von der Hüllbahn fort ein wenig und sie fandteier so weit wie nur eben möglich nach hinten, wodurch sie einen Anstich von ein paar Stunden gewannen. Doch bald hatte der Grund sie wieder eingeholt, die Wellen gingen ihnen bis zum Gurtel. Sie ständen mit dem Rücken gegen den Felsen gedrückt und haben das Wasser steigen und steigen. Wenn es ihnen bis zum Kinn gekommen war, dann war es vorbei. Die letzte Lampe, die sie hoch aufgebäumt hatten, brannte plötzlich aus, sie unterstanden bald nur noch einem bleichen Halbdunkel, der immer schwächer wurde und von dem schwarzen Wasser aufgefaßt zu werden schien. Und plötzlich umgab sie schwarze Nacht, die absolute Nacht der Grube, die einzige Nacht, in der sie bald schlafen sollten, ohne jemals die Augen wieder zu öffnen.

„Woh! verdammt nicht!“ fluchte Catherine.
 Catherine drückte sich an ihn an und flüsterte das Wort der Reue: „Der Tod blut die Lampe aus!“

Und doch, genau die Drohung Lampen der Stinkt noch immer an, ein wahrer Lebensauger, eine Welt zu leben hielt sie aufrecht. Er begann mit dem Stellen der Lampe, den Schiefer zu befeuchten. Er wachte sie mit den Klagen nachwärts. So trübten sie eine seltsame Welt zutande, auf die sie sich nicht verlassen konnten. Dort sahen sie, mit getrimmtem Rücken und gelocktem Kopf, denn die Wölkung des Stollens war nicht mehr, hoch genug. Sie sahen das Wasser jetzt ein an den Felsen, doch bald umhüllte es sich wieder die Mäuschel, die Wachen, die Mitte, es war, endlich, unangenehm. In Angst, nur das sie sahen, wurde so furcht und allföhrig, daß sie sich kampfhaft festhalten mußten, um nicht losgelassen zu werden. Das war das Ende. Sie konnten sie nicht mehr sehen, in diesem Moment, und zu klammern, und zu klammern, und zu klammern, das immer herab, das Wasser unter sich, ohne Brot, ohne Licht! Ein paar Minuten hatten sie nicht die Augen, die sie herdrückte, den Tod nahen zu sein. Ein fruchtbares Schweregen berührte langsam, in der Grube lagte sie nichts mehr.

Verwaltung erhalten die Kohlleger und Arbeiter des Anzen-
beretes, so wie sie nach anderen Maschinen vorübergehend verleiht
werden, Lohngeld bzw. Lohnstunden bezahlt. Jetzt erklärt
endlich Herr K. bei Besprechungen, Lohngeld gibt es nicht mehr;
die Arbeiter können wählen, entweder sie sind damit einverstanden
oder sie hören auf.

Welche Bedeutung den Anträgen der Ausschüsse geschenkt wird,
zeigt die Tatsache, daß ein dringlicher Antrag des Ausschusses für
den Anzenbetrieb, der am 29. Oktober eingereicht wurde und sich
mit den unangenehm Entlassungen befaßte, bis zum heutigen
Tage ohne Beachtung blieb.

Auch die Zustände im Gaswert Mariendorf lassen
alles zu wünschen übrig. Eine geradezu unbeschreibliche Aus-
beutung der menschlichen Arbeitskraft besteht in diesem teuflich
verkommenen Gaswerte Deutschlands. Immer höhere Anforderun-
gen werden an die Arbeitskraft speziell der Betriebsarbeiter
gestellt. Das Quantum an Arbeit ist derartig, daß die 8 Stunden
der Arbeit nur ohne Mühepause gearbeitet werden müssen. Wer
nicht mitmachen oder um eine Verbesserung ersucht, dem wird mit
Entlassung gedroht. Bezeichnend ist ein Vorgang, der sich kürzlich
abspielte. Nachdem im Februar 1907 die Arbeitsblätter vergeblich um
den Achtstundentag erlitten hatten, ersuchten sie diesen Herbst
ihren Antrag. Jetzt wurde dem zugestimmt, allerdings verlagerte
die Direktion eine kleine Gegenleistung. Während die Kollegen
bisher fünf Leien zu bearbeiten hatten, wurden nun ihre Leistungen
auf sechs Leien erhöht, trotzdem schon fünf Leien eine unbesch-
reibliche Anstrengung bedeuten. Also Verfrachtung der Arbeiter
unter gleichzeitiger Vermehrung der Leistungen. Als die Kollegen
mit der ihnen aufgebundenen Arbeit in den acht Stunden nicht
fertig wurden und Hundstunde länger arbeiteten, ersuchten sie
um Verabreichung der Heberarbeit. Doch da wurde ihnen
bedeutet: Das gibt's nicht! „Sie haben den Achtstundentag
und müssen in dieser Zeit die Ihnen zugewiesene Arbeit erledigen.“
Schreiam! Leider raffen sich die Kollegen in Mariendorf nicht
energisch auf, um ihre Rechte zu verteidigen.

Im Gaswert Oberpree in Herr Pring; wieder oben-
auf. Korollische Ereignisse wie die Wilhelminenhofversammlung
im März und das Urteil des Gewerbegerichts im Falle des Kollegen
Ezinger lassen ihn kalt. Aus dem Urteil des Gewerbegerichts
geht hervor, daß das angeforderte Entlassungszeugnis nicht den
Tatsachen entspricht. Die Gesellschaft wurde verurteilt,
ein wahrheitsgemäßes Zeugnis auszusprechen und dem Kläger den
auf Grund des falschen Zeugnisses entstandenen Schaden in Höhe
von 250 Mk. zu bezahlen. Auch der Arbeiterausschuß im
Gaswert Oberpree war zu voller Bedeutungslosigkeit herab-
gesunken. Die im August lebenden Kollegen haben darum, den
Wünschen der Kollegen nachkommend, unter diesen Umständen ihre
Kandidaten niedergelegt. Als Protest gegenüber den
Zuständen bestanden die Kollegen bei der Neuwahl weiße
Stimmzettel abzugeben. Das Resultat der Wahl war 17 abgegebene
Stimmen, davon 11 weiße Stimmzettel, 3 Stimmen lauteten auf
zwei Kollegen, doch lebten die gewählten Kollegen ab. Die
Funktion erfüllt hierauf die nachstehende Bekanntmachung:

Bekanntmachung.

Da die am 26. d. M. stattgefundene Wahl eines Arbeiter-
ausschusses der Gasanstalt Oberpree resultatlos verlaufen ist
und nach einer Mitteilung der Gesamtarbeiterschaft sich unter
dieser niemand befindet, der zu dem Amte eines Ausschusses
gleiches geeignet oder ein solches anzunehmen bereit wäre, so
haben die Funktionen des Arbeiterausschusses der Gasanstalt
Oberpree bis auf weiteres.

Berlin, den 28. Oktober 1908.

Gasanstalt Oberpree,
gez. Rudolph.

20. 10. Pring.

Angenommen werden die Maßnahmen der Betriebsleitung aber
immer mehr den Anschein, als ob sie darauf ausgehe, alle ihr
irgendwie irgendwie erscheinenden Arbeiter herauszubügeln.
Einer Entlassung folgt die andere. Ein neuer jähneliger In-
spector soll nach den Aufzeichnungen des Herrn Pring „aufkommen“.
Solche heißt der Herr, dessen Nachkommnisse von den Kollegen
allgemein sehr begehrt werden. Dafür will er aber den Leuten
Anstand und Gemüthlichkeit lehren. Seine Ausdrücke, die er den
Arbeiten gegenüber anwendet, lassen ihn zwar dafür wenig ge-
eignet erscheinen. „Möchtest du in ein Zehnminutensündchen von ihm.
Dah er die ganze Bande“ entlassen will, zeigt seinen Anstand
und seine Gemüthlichkeit.

In der Ammonitfabrik sind viele Klagen über die
„neuen“ Arbeitsmethoden. Wird ein Arbeiter krank, so
muß die Arbeit des Erkrankten von den anderen Arbeitern, denen
schon über ein ausreichendes Quantum aufgelegt ist, mitgemacht
werden. Bei jeder Arbeit muß bestimmt die Arbeiter zu hören,
„Der Mann den Achtstundentag, da muß ich jetzt jähneliger wie
früher in zehn Stunden.“ Die Schichtarbeiter dürfen
während des Ganges die Schichträume nicht verlassen, ja sich nicht
einmal hinsetzen. Sie müssen mit der Stulle in der Hand direkt
bei der Arbeit stehen bleiben, trotzdem in der Arbeitsordnung von
Essenspausen die Rede ist.

Im Revier Lichterfelde wird Klage über den Kohlleger
Döcker geführt, der Arbeiter während der Pausen und nach
Aberabend arbeiten läßt, ohne ihnen dafür Heberarbeitszeit an-
zuerkennen.

In Schöneberg werden durch Vorgesetzte die unbeschreib-
lichen Verleumdungen gegen unsere Organisation erhoben, um
den Verband in Mißkredit zu bringen. Auch hier scheitern die so-
genannten „Hochmunde“ Morgenluft zu wehren. Uns sind Fälle
von Falschheiten eines Vorgesetzten gegen Arbeiter zur Kenntnis
gekommen. Das Beschwerdeamt ist den Kollegen genommen. Es
genügt, daß irgendein Vorgesetzter eine Beschuldigung erhebt, um
den Beschuldigten zu verurteilen. Ob die Arbeiter in der Anstalt
zum Krampf geworden sind, ist gleich. Drohungen mit Entlassung
sind der Lohn für je länger je länger anhaltende Tätigkeit.

In Weichensee will der Inspektor Popp Kohlleger „ber-
hauen“, und Herr Feplinski entfällt trotz der Rechts-
bestimmungen der Arbeitsordnung eine rege Agitation, allerdings
nicht für den Verband, sondern für den Piusverein.

Die Laternenwärter, besonders in Wilmersdorf,
beklagen sich über Verschwendung ihres Dienstes. So ist ihnen
verboten, zum Mitternachtsdienst Fahrräder zu benutzen, trotzdem
einzelne Kollegen durch die schändliche Bestimmung des Sammel-
platzes bis 10 Minuten Weg zurücklegen haben. Als ein großer
Hebelband wird es auch empfunden, daß die Kollegen 25 Minuten
vor Beginn des Anzündens auf den Sammelplatz antreten müssen.
Bei dem Fehlen von Mitternachts- oder Aufsichtsräumen und
die Laternenwärter allen Anhalten der Witterung ausgeliefert,
kann es nicht über ungenügende Schutzvorrichtungen beim Fußdienst
geteilt. Beim hängenden Glühlicht und an den Prudenlaternen
ist eine größere Sicherung gegen Unfälle notwendig.

Als wohnt wir auch finden, in allen Betrieben Mißstände
über Mißstände. Die Kollegen haben alle Ursache, gegen derartige
Zustände Arbeit zu machen. Gleichwohl müssen sie die Heber-
arbeitszeit zurückweisen. Mit den Entlassungen und der Wahrung
der Arbeiterauschüsse beschäftigt sich kürzlich eine allgemeine Ver-
sammlung der Arbeiter aller Betriebe. Das Resultat dieser Ver-
sammlung war die einstimmige Annahme einer Resolution im
Sinne vorstehender Ausführungen. Reicht aber als je geht an die
Kollegen die Mahnung, auf dem Felde zu sein zur Wahrung
ihrer Rechte!

G. P.

Notizen für Gasarbeiter.

Explosion in einer Gasanstalt. Am 18. November d. J. vorm.,
erfolgte, wie der „Bozt. Anz.“ aus Reichensbach i. R. meldet, im
Retortenkammer einer Gasanstalt eine Explosion, durch die drei Gas-
arbeiter getötet, vier schwer und fünf leicht verletzt wurden. Wei-
teres großes Unheil wurde durch das schnelle Eingreifen des Gas-
directors' Stellung verhindert, der den Hauptbahn sofort abdrehte.
Zelling, ebenso wie der Gasdirector Frische erlitten schwere Ver-
letzungen. Die Explosion entstand bei der Reparatur einer Re-
torte. Die Leiche eines Gasdahlöfers wurde erst nach zwei Stun-
den unter den Trümmern hervorgezogen. An dem Ausflommen der
Schmerverletzten, die im Krankenhaus untergebracht sind, wird
gegearbeitet. Der durch die Explosion entstandene Brand hat keine
große Ausdehnung genommen.

Aus den Stadtparlamenten.

Münchberg. Zur Aufbesserung der städtischen Arbeiter
hat der Magistrat einen Kredit bewilligt. Das Kollegium beschloß,
diesem Kredit bis zu 10.000 Mk. zu erhöhen unter der Bedingung,
daß die vollwertigen Arbeiter eine Lohnerböhung von 20 Pf. statt
10 Pf. erhalten. Ein Antrag der Gemeindevollständigten
Heberkür und Fröblich, welcher die Forderung eines Arbeiteraus-
schusses, auf tarifliche Vereinbarung, Verlangungsgeld, Urlaub,
Verlängerung der Mittagspause und Schaffung eines Grund-
lohnes von 3 Mk. vertritt, wird dem Magistrat zur Kenntnisnahme
hinterlegt. — Siehe auch Versammlungsbericht Augsburg.

Köln. Unsere Kollegen hatten eine Eingabe an die städtischen
Kollegen gerichtet um eine zehnprozentige Lohnerböhung. In den
Etat für 1908 waren rund 18.000 Mk. mehr eingestellt worden,
welche für Aufbesserung der Arbeiterlöhne verwendet wurden.
Das kam einer 7-prozentigen Aufbesserung gleich. Die Anfangs-
löhne der unständigen Arbeiter sollten zudem von 2,50 Mk. pro
Tag auf 2,80 Mk. und die Anfangslöhne der ständigen Arbeiter von
2,75 Mk. auf 3 Mk. erhöht werden. Die Sozialdemokraten ver-
langten jedoch, über unsere Eingabe getrennt vom Etat zu be-
raten und setzten es durch, daß der Anfangslohn für unständige
Arbeiter um weitere 20 Pf. pro Tag, also auf 3 Mk., und der für
ständige Arbeiter um weitere 10 Pf., also auf 3,10 Mk., auf-
gehoben werden. Im ganzen sind für Lohnaufbesserungen der
Arbeiter nach diesen weitergehenden Beschlüssen 22.000 Mark auf-
gewendet worden. Im Oktober 1907 wurden die Löhne für die
ständigen Arbeiter auf 11,000 Mk. pro Woche für den Sommer und
4.500 Mk. für den Winter festgesetzt. 1908 wurden diese Lohn-
erhöhungen insofern ausgeglichen, als die Löhne pro Stunde für
den Sommer um 2 und für den Winter um 3 Pf. aufgehoben

wurden. 1906 sind die Stundenlöhne in Tagelöhne umgewandelt worden, und zwar für den Sommer und Winter gleich. Damals erreichten sie die Höhe von 2,50 Mk. für uneheliche und 2,75 Mk. für eheliche Arbeiter, die nun auf 3 Mk. resp. 3,10 Mk. erhöht wurden. Für die Gemeindebetriebe wurden auch neue Arbeitsordnungen aufgestellt, welche die Bestimmung enthalten, daß die Probezeit, nach der die eingestellten Arbeiter von den unehelichen zu den ehelichen übergehen, von zwei auf ein Jahr herabgesetzt wird. — Immerhin werden unsere Kunstler Kollegen auch ferner mit aller Energie weiterkämpfen müssen, denn bis zu unehelichen Verhältnissen ist noch ein weiter Weg. — Die H. Z. Ver-einemeister aber mag man Haffen lassen.

Aus unserer Bewegung.

Augsburg. Zu der am Sonntag, den 15. November, statt-gehabten, gut besuchten Monatsversammlung referierte Medizeiner Simon über: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hiesigen städtischen Arbeiter in Verhältnis zu denen anderer Städte.“ Wie hier erfahren und gelesenen haben, sollen die städtischen Arbeiter jetzt endlich einmal Lohnaufbesserung bekommen. Das Verordnen-festens des Bauamtes schien schon vor länger Zeit erwägen und so wurde im August eine Versammlung einberufen, die das Bauamt veranlaßte, die Akten aus dem Verchied hervorzuholen und dem Magistrat zu übergeben. Das Kollegium bewilligte eine Summe, welche nach Ausrechnung pro Mann 2 Pf. beträgt. Eine große Rolle spielten bei den Erörterungen die sogenannten „Kinderwertigen“, das sind Arbeiter, welche ihren Körper und ihre Gesundheit in langjähriger Dienstzeit der Stadt opferten und der Arbeit nicht mehr recht nachkommen können. Da erlaubte sich das Kollegium der Seitenhiebchen belamuzugeben, daß nur der „gute“ Arbeiter 20 Pf. und die „Kinderwertigen“ nichts erhalten werden. Der Herr Oberbürgermeister sagte: „Die frisch Ein-gestellten sollen 2,50 Mk. erhalten, das ist wohl ein anfänglicher Lohn.“ Vom „Stadtbad“, wo man Trinkgelder erhält, werden diese übrigens als Lohn mitingerechnet. Die Mehrzahl aller Arbeiter müssen für 2,50 bis 2,70 Mk. arbeiten, dabei steht der erstnliche Tagelohn auf 2,60 Mk. Nach den bisherigen Statuten sollte man nach 10 Dienstjahren einen Urlaub von 4 Tagen haben. Nach der neuen Bestimmung wird ein Urlaub nach sechs Jahren von 4 Tagen gewährt. Hinter den Paragraphen „Beurlaubung“ folgen gleich die Strafen. Diese können bis zur Hälfte des Tagelohnes aktiviert werden. Der Strafetatag wird der Verrechnungstabelle überwießen. In dieser Kappe müssen auch die Gesundheitskosten, welche für die Gemeinde fahren oder liefern, be-trachten. Es wird ihnen 1/2 Proz. ihres Betrages abgezogen. An der Höhe können sich jetzt schon 73 78,000 Mk., aber leider ist noch keine Versorgungsanstalt damit eingerichtet. Leute, welche nicht mehr ihrer Arbeit nachkommen können, bekommen eine „Gnad-nahme“, je nach 60 u. n. l. Was die Auszahlung betrifft, so besteht in der Erdkammer große Unregelmäßigkeit. Vor Jahren wurde das Gutnehmen ermahnt; dieser Auszahlung-weise wird aber nur bei zwei Exerpten innegehalten. Die anderen Aufstellungen müssen wieder ihren alten Platz besetzen und so lange warten, bis man ihren Arbeitslohn „auszahl“ aus-zahlt. Die Auszahlung erfolgt um 5 Uhr und der letzte Mann bekommt sein Geld nach 6 Uhr ohne Vergütung. Dem mit großem Verfall aufgenommenen Material folgte eine rege Diskussion, in welcher die Anschuldigungen des Meßerenten vollauf bestätigt und teilweise noch ergänzt wurden. Bei allen Rednern kam zum Aus-druck, daß nur durch Einigkeit etwas zu erreichen sei. Nach einem kurzen Satzungsbericht des Meßerenten erfolgte der Schluß der Versammlung. Es wurden eine Anzahl Aufnahmen gemacht.

Gesens. Am 29. August d. J. wurde den Strafenlehrern ein Schreiben von Seiten der Vorgesetzten übergeben, worin sie aufgefordert wurden, sämtliche Hausbesitzer aufzuschreiben, die Rit-zweg und Zombold, nachmittags 5 Uhr, ihre Hausfront nicht gelehrt haben. Den Bezirkslehrern kam dieses Schreiben bedenklich vor, aber um Strafe oder Entlassung aus dem Bese zu geben (weil damit ge-dreht wurde), mochten sie den Befehl ausführen, denn die Aufsicht-sleiter: Es hätte gar nichts auf sich, die Behörde wollte nur eine ordere Entlassung machen. Nachdem die Meßer ihren Befehl aus-gesetzt hatten, gaben sie das Schriftstück an die Vorgesetzten zurück. Jetzt wurde die Sache auf einmal anders, denn die Stadt-behörde übergab das Schriftstück der Kriminalpolizei. Hierauf wurden die Meßer geladen und sollten nun ihre Sache aufrecht-erhalten; die Meßer meinten aber den Praten und zogen ihre Anzeige zurück. Die Stadtbehörde meinte aber ihre Sache doch weiter, um sich nicht zu blamieren und bestrafte die Hausbesitzer mit einer Pfand. Nachdem die Hausbesitzer ihre Strafverurteilung erhalten hatten, glaubten sie, sie seien durch teilhaftiges Vergeben der Meßer an-gesucht. Frechungen und Schimpfereien blieben nicht aus; ja unsere Kollegen wurde sogar von den Kollegen der Strafe nachgeholt, um sie aus ihrer Arbeit zu bringen, bis sich endlich herausstellte, daß die Stadtbehörde die Meßer selbst war. Am 28. Februar d. J. wurden nun die Meßer, als nichtmorgens die Parole ausgegeben war, eingeholt und ins Zuchthaus des Hiesigen Zuchthaus zu kommen. Hier wurde wiederum ein Schreiben vorgelegt, worin

es hieß: Die Meßer sollen bei Trockenheit sprenken. Wenn einer angetroffen wird, der nicht gesprenzt hat, wird er bestraft mit 10 Mk. oder Entlassung. Die Meßer wüßten sich zu unter-schreiben, aber sie wurden vom Aufsicht angetrieben. Er sagte: „Los, los, unterschreibt mir. Wer nicht will, wird entlassen.“ Daran wurde aus Angst unterschrieben. Die Sache wurde nun unserem Kassa-Verband übergeben, der sofort die Unterzeichnung vornahm und eine Versammlung einberief. Hier stellte sich heraus, daß schon 4 Kollegen bestraft worden sind. Drei mit Geldstrafen von 2 bis 5 Mk., einer mit einem Verweis. Die Versammlung nahm nun Stellung dagegen. Sie übergab die Angelegenheit dem Martell. Das Weitere müssen nun die Verhandlungen ergeben. Jedenfalls sollten alle städtischen Arbeiter Einmüß die Lehre daraus ziehen, daß nur eine starke O rg a n i s a t i o n solche Vorgänge verhindern kann. Trifft es heute die eine Kategorie, so trifft es morgen die andere. Darum schließt sich jeder unserm Verbande an.

Salle a. S. In der am 11. November stattgefundenen Ver-sammlung wurde die Rechnung vom dritten Quartal gegeben. Eine Einnahme von 715,11 Mk. stand eine Ausgabe von 583,62 Mk. gegenüber, so daß ein Ueberschuß von 131,51 Mk. verbleibt. Die Ab-rechnung vom Stiftungsfest ergab an Einnahme 131,85 Mk., an Ausgabe 126,95 Mk., verbleibt ein Ueberschuß von 7,90 Mk. Es wurde ein Komitee von 6 Kollegen zum Weihnachtsverenigen ge-wählt. Das Fest findet am 1. Feiertag im „Englischen Hof“ statt. Laut Beschluß hat jedes Mitglied 50 Pf. zu entrichten, um den Kindern auch eine Freude zu bereiten. Arbeitslose sind davon ent-bunden. Ferner wurde der Ueberschuß vom Stiftungsfest dem Komitee überwießen. Jedem reisenden Kollegen, der seinen Pflicht-en genügt hat, sind 1,50 Mk. aus der Kasse als Zuschuß zugesprochen. Alsdann wurde der Kassenbericht einstimmig angenommen. Der Delegierte führte unter anderem an, daß jetzt die Jahresberichte zur Ausgabe ge-langen und es Pflicht ist, daß jeder Kollege sich einen solchen an-schafft und ihn eifrig studiert.

Sarburg. Unsere Bewegung hat sich hier ganz leidlich entwickelt. Die Agitation wird in den nächsten Wochen durch eine Agitations-kommission energischer betrieben werden. Auf Verdrüß mehrerer Versammlungen sind an den Magistrat zwei Eingaben gerichtet worden. Die eine befaßt sich mit der Einführung eines Sommer-urteils für alle städtischen Arbeiter und die andere mit der Errichtung von Arbeiterausstellungen. Die Mehrheit der Kollegen sprach sich freilich für einen Ausbruch aus, der sich auf alle städtische Betriebe erstreckt. Die meisten Kollegen sind auf dem Gas- und Wäßerwerk beschäftigt und es liegt nahe, hierfür einen besonderen Ausbruch zu erwirken. Die Zahl der in den anderen Betrieben Beschäftigten ist aber zu gering, um für jeden dieser Betriebe eine solche Körperkraft zu be-stellen. Sinnwiederum haben alle städtischen Arbeiter das Bedürfnis, im Ausbruch und durch ihn vertreten zu sein. Falls nun der Ma-gistrat den Standpunkt nicht teilen sollte, betreffe eines gemeinsamen Ausbruches, so wurde vorgeschlagen, daß dann zwei Ausbrüche zu erwirken seien. Der eine für Gas und Wäßer, der andere für die übrigen Betriebe. Es wurde eine Kommission gewählt, welche die Angelegenheit eventuell vor dem Magistrat vertreten soll. In der letzten Mitglieder-Versammlung hielt Kollege Bürger-Somburg einen instruktiven, mit vielem Verfall aufgenommenen Vortrag über den „Hals Ländung“ und Schickung Quä: „Die Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens.“ Die regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen sind für das Winterhalbjahr auf den dritten Montag im Monat verlegt worden. Um die Verbandsangelegenheiten in Sarburg noch tatkräftiger zu fördern, wurde die örtliche Leitung von drei auf fünf Personen verstärkt.

Söpenitz. Die Sektion Söpenitz hielt am 11. November ihre Generalversammlung ab. Kollege Polenske referierte über: „Die wirtschaftliche Krise und die Arbeiterschaft.“ In der Dis-kussion über den beifällig aufgenommenen Vortrag wies Kollege Riecke besonders auf die Notwendigkeit der politischen Vertätigung der städtischen Arbeiter hin. Den Bericht der Leitung gab Kollege Müller. Es haben in der Vertätszeit 9 Sektionsversammlungen stattgefunden. Als Abschluß unserer Lohnforderungen fand eine statt beifällige Versammlung im „Majestät“ statt. Der Mitglieder-stand stieg von 25 auf 46. Trotz dieser quantitativen Entwicklung bleibt aber noch viel zu tun. Es ist Ehrenpflicht jedes Kollegen, mitzuarbeiten an der Ausbreitung und Stärkung unserer Be-wegung. Nach kurzer, zustimmender Diskussion über den Bericht erfolgte die Wahl der Leitung. Es wurden gewählt Kol. Karl Müller als erster, Kol. Riecke als zweiter Sektionsleiter, Kol. Riemer als Kassierer und Kol. Scherb als Schriftführer. Neben Kol. Riemer wurde noch Kol. Scherb als Vertrauensmann be-stimmt. Als Martelldelegierter wurde Riecke und in die Be-trustungsverdommission Riemer gewählt. Als Vertrauensleute für die Gasanstalt fungierten die Kollegen Ecks und Emil Kempf, für das Gas- und Elektrizitätswerk die Kollegen Schürke und Müller. Nach Erledigung einiger Mitteilungen und anderer Angelegenheiten erfolgte der Schluß der Versammlung.

Südentern. Am Donnerstag, den 11. November, fand bei Wiedenburg die vierteljährliche Sektionsversammlung statt. Nach einem Vortrage des Kollegen Polenske über: „Die Arbeiter-union und der Sozialismus“ gab Kollege Kemmer den Bericht der Sektionsleitung. Im Vertätsberichte fanden insgesamt 21 Sitzungen

pro Bett für Wandernde um 15 Pf. herabzusetzen, so daß während dieser Zeit statt 15, 55 und 65 Pf. 30, 40 und 50 Pf. pro Bett zu zahlen sind. Soweit von den Gewerkschaften Schläßarten ausgegeben werden, sollen die erparten 15 Pf. den Hebernachtenden in Form eines Speisefonds zugute kommen.

Die gewerkschaftlichen Organisationen in Bayern. Der Gewerkschaftsverein München hat über die gewerkschaftlichen Organisationen in Bayern und ihre Tätigkeit im Jahre 1907 umfangreiche Erhebungen gepflogen. Die Zahl der organisationsfähigen Arbeiter in Bayern beträgt 219 270; davon sind in Zentralverbänden organisiert 112 856, nämlich 123 791 männliche und 10 065 weibliche Arbeiter. Seit 1906 ist das eine Zunahme von 19 651 Mitgliedern. An einzelnen Orten betrug die Abnahme der Mitglieder 2065. Die ortsüblichen Tageslöhne schwanken zwischen 2 Mk. und 3,20 Mk. Gewerbegerichts wahlen fanden 1907 an 17 Orten statt. Erfolgreich für die Marktelte vertiefen die von 16 Wahlen. Hierbei wurden insgesamt 13 082 Stimmen abgegeben, und zwar 948 für die Marktelte und 3614 für die Gegner. Gewählt wurden für die Marktelte 111 und für die Gegner 12 Vertreter, insgesamt 153 Vertreter. Streiks fanden an 33 Orten statt. Erfolgreich waren hierbei 102 Organisationen mit 12 919 Mitgliedern. Die Streiks hatten in 77 Fällen einen ganzen, in 7 Fällen einen teilweisen und in 5 Fällen keinen Erfolg. Aussperrungen fanden 27 statt. Von Erfolg für die Arbeitgeber waren 8, ohne Erfolg 19. Betroffen wurden davon 22 Organisationen mit 2347 Mitgliedern (soweit zu ermitteln war). Tarife wurden 26 in 34 Städten mit 124 Organisationen abgeschlossen. Bauarbeiter schütz-Kommissionen bestanden an 23 Orten. Baukontrollen sind an 8 Orten 30 aus dem Arbeiterstande angestellt. Erfolge ohne besondere Mühe wurden in 17 Orten errungen (Arbeitszeitverlängerungen, Tarifabschlüsse und Lohnerhöhungen). Christliche Organisationen bestehen in 37 Orten mit jetzt 5000 Mitgliedern. Christl.-Dunkersche sind in 16 Orten vorhanden, ihre Mitgliederzahl ist nicht festzustellen. Erfolge ohne besondere Mühe wurden in 17 Orten errungen (Arbeitszeitverlängerungen, Tarifabschlüsse und Lohnerhöhungen). Christliche Organisationen bestehen in 37 Orten mit jetzt 5000 Mitgliedern. Christl.-Dunkersche sind in 16 Orten vorhanden, ihre Mitgliederzahl ist nicht festzustellen. Erfolge ohne besondere Mühe wurden in 17 Orten errungen (Arbeitszeitverlängerungen, Tarifabschlüsse und Lohnerhöhungen). Eine Konferenz der bayerischen Gewerkschaftsvertreter tagte kürz. lich in Kürnberg. Von den 57 bayerischen Marktelten waren 51 durch 57 Delegierte vertreten, außerdem waren anwesend für die Generalkommission Legien, für den Parteivorstand Wengels und Ebert, die Vertreter der Zentralverbände des Metallarbeiterverbandes, des Staats- und Gemeindefacharbeiterverbandes (Stoll, Mohr und Sebald), des Holzarbeiterverbandes und der Sozialdemokratischen Partei, Gau Nordbayer, endlich war die Agitationskommission der Gewerkschaften für Nordbayer durch 6 Genossen vertreten. Der erste Punkt betraf die Organisation der Land- und Waldarbeiter, wozu Segitz Jurth ein sehr instruktives Referat hielt. Zu die Diskussion gingen auch Legien und Ebert, sowie die Vertreter der Zentralverbände ein. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, da es sich lediglich um eine orientierende Aussprache handelte. — Am folgenden Tage referierte Simon Kürnberg über: „Die Arbeitslosenfrage“ sowie „Gewerkschaften und Genossenschaften“. Endlich sprach Genosse Pohl Kürnberg noch über: „Die Bezirksgewerbevereine“.

Die Theaterarbeiter, insbesondere das technische Bühnenpersonal, nahmen in neuester Zeit verschiedentlich Stellung gegen die beabsichtigte Verlängerung der Spielzeit, die ihnen eine weitere Verschlechterung ihrer Arbeitsverhältnisse bringen würde. Denn es gibt wohl kaum einen Beruf, in dem in der kürzesten Zeit so große Arbeit geleistet werden muß wie hier. Morgens um 8 Uhr beginnt die Arbeitszeit. Es muß in zwei Stunden die Probe sangt nämlich um 10 Uhr an) diese und die Abendvorstellung eingerichtet werden. Da arbeiten dann 15-20 Personen in einem solchen Tempo, wie es sich der Aufsehende gar nicht vorstellen kann. Während der Probe wird, da die Dekorationen in den Theatern, wenn selbst hergestellt werden, kräftig an diesen gearbeitet, und da die Premieren sich drängen, wird nach der Probe mit einer einständigen Mittagepause weitergearbeitet, bis zum Schluß der Vorstellung, der heute schon in die Zeit zwischen 11 und 12 Uhr nachts fällt. Dann muß noch die Bühne aufgeräumt werden, denn dies ist Holzwerkstoff und Verlangen der Feuerwehr. Die übliche festgesetzte Arbeitszeit ist von 8 Uhr morgens bis 2 Uhr mittags, dann von nachmittags 6 Uhr bis Schluß der Vorstellung. Da nun aber in den meisten Fällen die Aushilfe von 2 bis 6 Uhr durch Überstunden ausgefüllt wird, ferner auch noch nach der Vorstellung einige Nachstunden geleistet werden müssen, so ergibt sich für den Bühnenarbeiter eine tagliche Arbeitszeit von 15 bis 17 Stunden. So kann es kommen, daß ein Familienvater seine Angehörigen so gut wie gar nicht zu sehen bekommt. Der Lohn für diese Arbeitszeit schwankt in Berlin zwischen 90 und 120 Mk. monatlich und ist in der Provinz noch geringer. Ein geschlossener Arbeiterverband besteht für das technische Bühnenpersonal außer dem Künstag und Moritztag nicht. Und diese beiden Arbeitstage werden dem Bühnenarbeiter unter Umständen durch Veranstaltung von Betriebsvorstellungen illusorisch gemacht. Durch die Eingabe der Theaterdirektionen Berlins beim Reichspräsidenten um Verlängerung der Spielzeit bis nach 12 Uhr nachts wird die langaus-

gedehnte Arbeitszeit noch um ein beträchtliches verlängert und somit die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter noch mehr beeinträchtigt. Wenn aber die Saison zu Ende ist, so finden, wie in jedem anderen Beruf, Entlassungen statt, und es müssen sich diejenigen freuen, die zu Beginn der nächsten Saison ihren alten Platz wieder einnehmen können. — An der Zeit wäre es, wenn hier durch kräftiges Handeln der Beteiligten Besserung geschaffen würde.

Der erste ordentliche Verbandstag des Verbandes deutscher Post- und Telegraphenarbeiter und Handwerker tagte Anfang November zu Frankfurt a. M. Zu dem Verbandstag und 30 Vertreter der Bezirks- und Landesvereine erschienen, die etwa 3200 Stimmen vertraten. — Es wurde der Beschl. der Zentralkommission an Sonntagen und dafür Lohnerhöhung verlangt, ebenso eine Zulage für Arbeiten außerhalb der Zentralkommission, ärztliche Untersuchung bei der Einstellung der Arbeiter und nicht erst, wenn sie nach mehrjähriger Beschäftigung als Postbote übernommen werden sollten, Regelung der Arbeitszeit der Postboten. Am 1. Januar 1908 soll ein Verbandssekretär angestellt werden und der Sitz des Verbandes nach Essen verlegt werden. Der nächste Verbandstag findet in Köln statt. Wichtig ist, daß die kräftigste Verschmelzung mit dem Bund deutscher Telegraphenarbeiter gescheitert sei. — Die Organisation ist unter „christlichem“ Protektorat. Eine mannhafteste Vertretung der Interessen wird von diesem Verbandsverbande nicht zu erwarten sein.

Die „Christlichen“ unter sich. Der Arbeiter, das Organ der katholischen Postarbeiter, schildert eine Versammlung des „christlichen“ Postarbeiter-Verbandes wie folgt: „Vorherrschend, Reverent und ihre Begleiter stimmten ein Geschrei an, daß man glauben konnte, unter einer Bande Apachen geraten zu sein. Nachdem sich der Tumult etwas gelegt, bemerkte einer der Herren Vikare: „Meine Herren, ich glaube doch, Sie tun unrecht, wenn Sie sagen, das gehörte nicht herüber.“ — Auf aus der Versammlung: „Auch noch dieser S...“ Jetzt tönte vom Vorstandstisch: „Sammeln doch diese Pfaffen hinaus, was haben die hier in unserer Versammlung zu tun, die gehören in die Kirche, nicht zu uns Arbeitern.“ Der Vorsitzende, sich an Klepper herausträgend, sagte: „Auch Sie werden hinausgeschmissen“, packte den Arbeitersekretär am Hals, suchte ihn zu würgen und hinauszuwerfen, wobei ihm andere hilfreiche Hand leisteten. Nachdem der Vorstandstisch vermittelnd eingegriffen und die Ruhe einigermaßen zurückgebracht war, bemerkte Klepper dem Vorsitzenden: „Ich hatte geglaubt, Gewerkschaftler, die sich christlich nennen, hätten wenigstens Achtung vor dem geistlichen Stande, ich habe mich schwer geärgert, ich schäme mich für Sie.“ Auf des Vorsitzenden: „Ein Pfaff oder ein Sch...“ Darauf wieder großer Tumult. Unter diesen Umständen wollten die Geistlichen nicht mehr zugegen sein und haben den Arbeitersekretär, mit ihnen die Versammlung zu verlassen. Beim Verlasse, dies zu tun, wurde der Arbeitersekretär noch sowohl vom Vorsitzenden wie von dessen Begleitern angehalten, mit Fausthieben und Fußtritten traktiert, bis er die Türe des Lokals hinter sich hatte. Auch wurde der Arbeitersekretär dabei an einer Hand leicht verletzt.“ — Diese eigenbändige Schilderung kann nicht überboten werden!

Rundschau.

Die Opposition gegen die geplante Gas- und Elektrizitätssteuer zieht immer weitere Kreise in ihren Pann. Hat doch sogar der bayerische Verkehrsminister laut „Berl. Lokal Anz.“ erklärt, daß er dem Plane einer Elektrizitätsabgabe keine Sympathie abgemessen könne. Dabei wird in der Begründung seitens der Reichsregierung ausdrücklich gesagt, daß man es hauptsächlich auf die Elektrizität abgeben habe, um dabei aber die Entwicklung der Industrie nicht zu beeinträchtigen, müsse eine Steuer den wichtigsten Konkurrenten der Elektrizität, das Gas, in ausgleichender Weise mit umfassen. — Wegen die Gassteuer sprach sich sogar der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Dieber auf der Vandeserversammlung in Württemberg aus; ebenso haben hervorragende nationalliberale Zeitungen, wie z. B. der „Komm. Courrier“, dagegen mobil gemacht. Der Abg. Kaumann (freis.) sprach sich ebenfalls gegen jede Lichtsteuer aus und nannte sie eine unheimliche Idee. Auch die Fischer, Mopsch und Mobeil von der radikalsten Freisinngruppe haben sich in Versammlungen energisch gegen die geplante Lichtsteuer ausgesprochen. Oberbürgermeister Cuno sowie Theodor Warth nahmen gleichfalls entschiedene Stellung dagegen.

Von sozialdemokratischer Seite ist die Stellungnahme gegen alle indirekte Steuern schon durch das Programm geboten. Wegen die Gassteuer insbesondere haben unsere bayerischen Abgeordneten schon längst einen diesbezüglichen Antrag eingebracht. Auch in der zweiten badischen Kammer wurde die badische Regierung seitens der sozialdemokratischen Abgeordneten angefordert, im

